

VOLKSWACHT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50.

Breslau, Dienstag, 28. Februar 1893.

4. Jahrgang.

Die bürgerliche Gesellschaft und die Kinder.

B. G. Aus einer Anzahl von Tabellen über die Säuglingssterblichkeit in verschiedenen Ländern und Städtegruppen, welche Regierungsrath Dr. Rahts aufgestellt hat, geht hervor, daß die deutschen Städte wenn man diejenigen der drei westlichen Provinzen Preußens (Rheinland, Westfalen, Hessen) ausnimmt, unter allen Städtegruppen europäischer Staaten, soweit bezügliche Nachrichten vorliegen, die höchste Säuglingssterblichkeit haben, worauf die Städte Ungarns und dann diejenigen Italiens folgen, in Deutschlands starben verhältnißmäßig die meisten Säuglinge im Königreich Sachsen, in Bayern und Württemberg, demnächst in den östlichen Provinzen Preußens, in Baden und Elsaß-Lothringen, die wenigsten im Großherzogthum Hessen und in den westlichen Provinzen Preußens. Auch beim Vergleich ganzer europäischer Staaten untereinander findet man auf den Tabellen einige deutsche Staaten obenan, während unsere nordischen Nachbarn in Schweden, Dänemark und Norwegen die geringste Säuglingssterblichkeit aufweisen. Diese auffallenden Differenzen sollen nun, wie als wissenschaftlich unzweifelhaft hingestellt wird, nicht lediglich aus der verschiedenen Beschaffenheit der Kindernahrung zu erklären sein, denn die für viele Gegenden des deutschen Reichs zutreffenden Klagen, daß die Mütter ihren Kindern zu oft die natürliche Nahrung vorenthalten und sie auf Thiermilch anweisen, werden in der betreffenden Literatur auch bezüglich Frankreichs, Belgiens und Italiens laut. Auch die Frage, ob etwa bei uns ein hoher Procentatz außerehelicher Geburten die hohe Säuglingssterblichkeit bedinge, wird bezüglich der deutschen Städte im Allge-

meinen verneint, zumal, wenn es auch den Anschein hat, als ob hier und da, z. B. in Bayern, dieser Factor nicht ohne Einfluß auf die hohe Kindersterblichkeit sei und als ob anderwärts am Rhein und in Westfalen die auffallend niedrige Zahl außerehelicher Geburten an der geringen Kindersterblichkeit einen Antheil habe, doch im mittleren Deutschland, speciell in Berlin, in der Mark, in Pommern und Schlesien, die Procentzahl der außerehelichen Geburten keine so hoch ist, daß sie zur Erklärung der hohen Kindersterblichkeit dienen könnte.

Ein weiteres Moment, welches die Kindersterblichkeit ganzer Völker zu erhöhen scheint, das frühe Heirathen der Mädchen, kann bezüglich Deutschlands nicht geltend gemacht werden, da im deutschen Reich ein so frühes Heirathen der Mädchen, daß dieselben in zu jungem Alter Mutter werden, keineswegs stattfindet, denn während in Ungarn 36 pSt., in Rußland 58 pSt. aller Heirathenden Mädchen im Alter bis zu 20 Jahren stehen, ist dies in Preußen bei nur 10 (in Berlin bei nur 6) pSt. der Fall und wir stehen in dieser Hinsicht nicht allein hinter Rußland, Ungarn, Serbien und Oesterreich, sondern auch hinter Frankreich und England zurück. Endlich darf auch die Industriearbeit unserer Frauen, wenn man von einigen sächsischen Fabrikorten absteht, doch bezüglich der meisten anderen deutschen Städte nicht als ausschlaggebender Grund für eine erhöhte Kindersterblichkeit in Anspruch genommen werden, da in Belgien bei geringer Kindersterblichkeit die Industriearbeit der Frauen mindestens ebenso verbreitet ist, wie bei uns.

Dr. Rahts behauptet nun, es sei lediglich die in breiten Volksschichten zur Unsitte gewordene Gleichgültigkeit gegen die kranken Säuglinge, ein mangelndes Interesse an ihrer Gesundheit, welches viele Eltern ab-

kalte, ihre ganze Sorgfalt und die nöthigen Selbstopfer dem Wohlergehen ihrer jungen Sprößlinge zu widmen. Es werde nichts weiter helfen, meint er schließlich, als daß der Staat, die Gemeinde und die Gesellschaft für die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der Kinder mehr Fürsorge, als bisher geschehen, an den Tag lege.

Daß die Gleichgültigkeit der „breiten Volksschichten“ gegenüber den Säuglingen keineswegs die einzige Ursache für die hohe Kindersterblichkeit ist, kann keinem Zweifel unterliegen; das mangelhafte Verständnis der Eltern, besonders der Mütter, für die Hygiene des Kindes und noch mehr die überaus schlechte wirtschaftliche Lage des Proletariats, vorzüglich in den großen Städten, sind ohne alle Frage auch von größter Wichtigkeit für die Erhaltung des Lebens des Säuglings, sowie für die Lebensfähigkeit der Neugeborenen.

Daß aber eine gewisse Gleichgültigkeit in ziemlich großen Volkstheilen gegenüber den neugeborenen Kindern ist, braucht nicht bestritten zu werden. Wie sollte das heut zu Tage auch anders sein? Der Mann und die Frau, die zwei Drittel des Tages in der Fabrik arbeiten müssen, deren bedrängte wirtschaftliche Lage ihnen die Gemüthsruhe giebt, daß sie ihre Nachkommenschaft unter keinen Umständen auch nur leidlich zu erhalten vermögen. Wie sollte es ihnen schließlich nicht gleichgültig werden, ob der Tod früher oder später ihr Kind ereilt, wie sollte in ihnen nicht der Gedanke sich festsetzen, daß es am Ende doch besser wäre, wenn ein früher Tod das Kind vor langem Darben und sie selbst vor noch größerer Noth bewahrt.

In dem Gedanken aber sind wir mit Herrn Dr. Rahts einverstanden, daß es sowohl die Pflicht des Staates, als der Gemeinde und unserer aämten herr-

Feuilleton.

Die Tochter des Proletariers.

Roman von Franz Barrett.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geffel.

28]

Nachdruck verboten.

„Kein Mensch wird Ihnen,“ fuhr Roland fort, „unredliche Absichten oder Gefühle zutrauen, wenn Sie in Schwärmerei überfließen für ein paar mar-mornen Torso's — im Gegentheil, man schreibt Ihnen ja alle Tugenden unter der Sonne wegen dieser Leidenschaft zu!“

Kein Beweisgrund ist so überzeugend für Jemand als der, mit dem er selber sichts, besonders wenn er noch die Eigenschaft hat, die Erörterung zu schließen.

Garnier gab den Widerspruch mit einer abwehrenden Bewegung seiner Hände auf, heiter bemerkend, daß die Fortsetzung einer Intimität auf platonischer Grundlage von der stolischen Gemüthsanlage der beiden Beteiligten abhängt. Dann verließ er das Thema und empfahl sich bald.

Roland warf sich auf ein Sopha und überdachte das Vorgefallene. Er wiederholte sich seine eigenen Beweisgründe und fügte andere von gleicher Stärke hinzu. Er ging sogar so weit, in die Zukunft zu blicken — ein höchst ungewöhnlicher Vorgang bei ihm — sich selbst befragend, ob die von Garnier geschilderte

Gefahr wirklich bestehe. Wäre es möglich, daß ein anderes Gefühl aufkommen und die harmlose Natur ihres Verkehrs stören könnte?

„Sollte ich mich in sie verlieben, oder sie in mich? Zu dumm! Jolly ist das reinste Kind — sie denkt und handelt wie ein Kind; sie könnte nicht so offen und so wenig zurückhaltend sein bei einem einzigen un-lauteren Gedanken. Was mich betrifft, da ist keine Gefahr. Habe ich nicht versprochen, Grethe zu heirathen? Und ist dies nicht ein ausreichender Grund, daß ich niemand anders lieben kann? War ich jemals falsch oder ließ ich von Handlungen ab, wenn ich sie selbst in der Hitze der Begeisterung unternahm und nur unter größten Unbequemlichkeiten ausführen konnte? Ich versprach, sie zu heirathen und ich will es. Wäre ich schwach, würde ich mich nicht schon längst in Jolly verliebt haben? Und selbst einen Wechsel in unseren Gefühlen vorausgesetzt, würde ich mich nicht augenblicklich zurückziehen? Garnier's Verdacht fußt auf einer ganz falschen Voraussetzung. Ihm nachgeben, auch nur im Geringsten, müßte ein falsches Licht auf Jolly werfen. Zum Henker mit alle dem! Ich bin im Recht und will es beweisen. Sein unsauberes Geschwätz verdient keinen anderen Gedanken.“

Nachdem er zu diesem befriedigenden Entschluß gekommen, sprang er vom Sopha auf, wechselte die Kleider und ging mit leichtem Herzen zum Leihstall, um den Wagen zu bestellen. Sein Selbstvertrauen war durch das Geschehene nur gehoben und er fühlte sich von einem Drucke befreit, der schon die ganze Woche

auf seinem Gemüth gelastet hatte. Es schien ihm jetzt leichter, an Grethe zu schreiben; er konnte ihr mehr von Jolly erzählen, nachdem er die Unschuld seiner Gefühle sich ganz klar gemacht hatte. Zufrieden mit sich selbst, eilte er davon, ohne einen Gedanken an das, worauf es eigentlich ankam — nur vorausschwelgend in dem Vergnügen der Fahrt.

Er fand Jolly wartend vor dem bescheidenen Hause am Lambethweg, wo sie wohnte.

Ihre Fahrt ging durch Richmond Park. Jolly führte selbst die grauen Ponny's, sie alle Augenblicke mit der Peitsche anfeuernd. Die Erregung der Fahrt, die aufheiternde Wirkung des Champagners, den sie zum Frühstück getrunken — die junge Dame hatte den angenehmen Wein, seitdem sie durch den Theaterpächter Evans dessen erste Bekanntschaft gemacht hatte, vollkommen schätzen gelernt — erhöhte Jolly's Farbe und die natürliche Lustigkeit ihres Wesens. Mit ihren Ponny's beschäftigt, bemerkte sie gleichwohl, daß Roland, indem er ganz still neben ihr saß, seine Augen starr auf ihr Gesicht gerichtet hatte.

„Sehe ich hübsch aus?“ fragte sie, ohne ihren Kopf zu bewegen.

„Ich kann Ihnen nicht sagen, wie hübsch.“

Sie wandte ihm jetzt ihr Gesicht zu und schaute ihm in die Augen, bis er deren Zauber nicht mehr länger zu ertragen vermochte und krampfhaft die Finger rieb.

Sich freuend über diesen Erfolg ihrer Macht un-

daß die wirthschaftliche Lage der Mädchen eine so jämmerliche ist, daß sie bei Schritt und Tritt drohenden Versuchung zum Opfer fallen müssen.

„Wenn das Gefühl echt, wenn die Leidenschaft wahr wäre“, welche die Kellnerin einem Mann in die Arme treibt, so würde der Verfasser in dem freieren Liebesleben des Mädchens, in ihren Verlöbten gegen das Herkommen noch keinen sittlichen Makel erblicken. Auch in dem Umstande nicht, daß der Mann dem Mädchen gelegentlich ein Geschenk giebt oder für den Theil seiner Bedürfnisse sorgt, den es selbst nicht zu decken vermag. Aber daß die Kellnerin „in Folge ihrer wirthschaftlichen Lage einem häßlichen Zwange gehorchen . . . daß sie sich einem Manne hingeben muß, der in thierischer Brunnst ihrer begehrt, ohne daß ein wärmeres Gefühl sie zu einander hinzöge, daß sie sich diesem Manne hingeben muß, weil er zahlen kann, und weil in Folge der eigenen erbärmlichen ökonomischen Lage das arme Ding nicht im Stande ist, auf irgend eine ihm erreichbare Einnahme zu verzichten“, darin findet der Verfasser mit Recht das Merkmal der Unfittlichkeit und Verwerflichkeit. Der Wirth wird übrigens der Kellnerin gegenüber nicht nur durch seine nichtswürdige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft indirect zum Kuppler. Ist drängt er sie ganz unmittelbar auf die Bahn des Lasters. Die „dumme Gans“, welche dem zudringlichen, rohen Beghären der Gäste gegenüber sich spröde erweist, „fliegt hinaus“ oder wird von Wirth und Wirthin durch die brutalsten Mittel und Mißhandlungen zum Nachgeben gezwungen. Nicht selten auch ist es eine unerläßliche Vorbedingung für den Eintritt einer Stelle, daß die Kellnerin dem Wirth das Recht der „ersten Nacht“ einräumt; er verlangt „die erste Nummer“, wie der technische Ausdruck für sein Begehren heißt, dem sich das Mädchen aus Rücksicht auf das Stück Brot fügen muß.

Der Verfasser trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er erklärt: „So lange den Kellnerinnen für ehrliche Arbeit nicht ein ehrlicher Lohn zu Theil wird, ist an eine Besserung der hier geschilderten entsetzlichen Zustände nicht zu denken“. Er erhebt deshalb die Forderung, daß die Mädchen unabhängig von dem Trinkgeld der Gäste gemacht werden, daß ihnen der Wirth ein festes Monatsgehalt auszahlen muß, welches nicht unter 20 Mark betragen dürfe. Eine Verwirklichung der Reform erwartet er von der Organisation und der Aufklärung der Masse der Kellnerinnen, von der Gründung eines großen Kellnerinnen-Verbandes. Dieser könne als Macht gegen Macht mit den Wirthen verhandeln, die Zahlung eines Gehaltes, menschenwürdige Arbeitsbedingungen für die Kellnerinnen erzwingen; er werde diese ferner gegen den Stellenwucher der Agenten schützen durch Gründung eines unentgeltlichen Stellen-Nachweises, gegen die räuberische Auszugaug durch Logiswirthschaft, durch die Errichtung eines Kellnerinnen-Heims zc.

Es sollte uns von Herzen freuen, wenn ein solcher Verband zu Stande käme und die vorgeschlagenen Reformen durchsetzte. Allein wir müssen gestehen, daß wir in Betreff des Zustandekommens einer solchen Organisation unsere Zweifel haben. Auch wir sind nämlich der Ansicht, daß die Masse der Kellnerinnen dem

Lumpenproletariat angehört, und daß sie in der Folge materiell und sittlich nicht die nöthige Kraft besitzt, eine Besserung ihrer Verhältnisse zu erkämpfen. Sie können sich nicht selbst helfen, ihnen muß vielmehr geholfen werden. Soll damit vielleicht gesagt sein, daß jede Kellnerin verkommen ist, und daß man von vornherein jedes Bestreben zur Organisation der unglücklichen Mädchen aufgeben soll? Keinesfalls; aber ebensowenig dürfen wir uns über die Bedeutung und die Erfolge einer Kellnerinnenbewegung Illusionen hingeben. Wir dürfen uns von Anfang an nicht verhehlen, daß wir nur auf einzelne Elemente, sozusagen auf die Elite der Kellnerinnen für die Organisation zählen können, daß wir von vornherein auf die regelmäßige, stete, bewußte Mitwirkung der breiten Masse verzichten müssen. Diese ist nicht nur materiell und moralisch zu tief gesunken, sondern auch zu flottirend, in ihren einzelnen Gliedern, Bestandtheilen zu wechselnd als daß sie für einen geschulten, methodischen Kampf um bessere Existenzbedingungen zu haben wäre.

Dieser Umstand erklärt wohl auch die von Herrn Schmidt gelabelte abwartende Haltung, welche die Arbeiterpresse der seiner Zeit aufstauchenden Kellnerinnenbewegung gegenüber einnahm. Von Einfluß hierauf war auch ohne Zweifel, daß die Durchführung der als Leiterin der Bewegung vielgenannten Frau Dmoch keine ganz klare und durchsichtige war.

Daß auch in Zukunft die Organisationsbestrebungen der Kellnerinnen mit den nämlichen Hindernissen zu rechnen haben, welche mit zum Scheitern ihrer ersten Bewegung beitrugen, versteht sich. Die alten und jungen Lebemannern wollen sich die Lustflavinnen, die Wirthin, Agenten zc. die Prostituirten nicht entreißen lassen. Die Einen wie die Andern werden auch fürderhin die Anfänge einer Kellnerinnenbewegung durch Rabaudmachen zc. in Verzug zu bringen trachten. Die „öffentliche Meinung“, die „weitesten Kreise“ aber werden sich wohl nie der Sache der Kellnerinnen annehmen. Herr Schmidt sollte dies nach seinen eigenen diesbezüglichen trübseligen Ausführungen am wenigsten hoffen. „Weiteste Kreise“ haben ein Interesse daran, daß die geschilderten Mißstände weiter bestehen, die „öffentliche Meinung“ — und als solche kommt heutzutage zunächst die Meinung des Bürgertums in Betracht — wird von der bürgerlichen Presse fabricirt. Diese aber hütet sich, „das Zartgefühl der argegriffenen Receptiers zu verletzen.“ Die Herren sind Abonnenten und Inserenten der bürgerlichen Zeitungen, und „so zeigt ihnen die Presse jene zarten Rücksichten, die ein wohlwogener Mann d. an schuldet, die ihm das Geld ins Haus tragen.“ So war es, und so wird es auch künftighin sein.

Uebrigens sind diese Umstände nur nebensächliche, nicht wesentliche Hindernisse eines künftigen Aufschwungs der Kellnerinnenbewegung, sie würden mit der Zeit überwunden werden. Weit schwerer fällt, wie bereits gesagt, in die Waagschale, daß die Kellnerinnen Münchhausens Kunststück nicht nachmachen, daß sie sich nicht am eigenen Topf aus dem Sumpf, in dem sie stecken, herausziehen können.

Ihnen kann nur gründlich dadurch geholfen werden, daß die allgemeine Arbeiterbewegung kräftig für

eine Verbesserung ihrer Lage eintritt, und zu diesem Zwecke den Schutz der Gesetze erzwingt. Der Wirth muß gesetzlich zur Zahlung eines festen Lohnes verpflichtet sein, seiner Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft müssen durch Sonderbestimmungen zum Schutze der Kellnerinnen Schranken gezogen werden. In sehr bescheidenem Maße ist dies bereits heute in Baselstadt der Fall. Was auf wirthschaftlichem Gebiete durch die Macht der gewerkschaftlichen Organisation nicht erreicht werden kann, das muß durch den politischen Kampf der Arbeiterklasse der Gesetzgebung abgetrotzt werden. Der allgemeinen Arbeiterbewegung fallen den Kellnerinnen gegenüber die nämlichen Pflichten zu, welche ihr obliegen gegenüber allen Schichten des Proletariats, die zu schwach und zu verkommen sind, aus eigener Kraft eine Hebung ihrer Lage zu erringen. Dadurch, daß die allgemeine Arbeiterbewegung den großen Kampf für sie alle führt, wird eine specielle Kellnerinnenbewegung keineswegs überflüssig gemacht. Im Gegentheil, und ihr fallen ihre besonderen Aufgaben zu. Sie hat ihr reichliches Material über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Kellnerinnen zu sammeln, sie hat auf Grund derselben die nächstliegenden, nöthigen Reformen anzudeuten, sie darf trotz der geringen Erfolge nicht auf die Agitation unter den unglücklichen Opfern der heutigen Gesellschaftsordnung verzichten, sie muß die Aufmerksamkeit der allgemeinen Arbeiterbewegung auf die scheußlichen Zustände im Kellnerinnengewerbe lenken und sie zum kräftigen Kampf für deren Beseitigung veranlassen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Durch das Militärpräsbureau werden überall Flugblätter mit allerlei Berechnungen des Professors v. Kauffmann verbreitet, welche beweisen sollen, wie wenig Deutschland im Verhältnis zu anderen Ländern durch Steuerdruck benachtheiligt wird. Die maßlose Oberflächlichkeit dieser Berechnungen ergibt sich, so entnehmen wir der „Post. Ztg.“, auch daraus, daß die Steuersummen pro Kopf der Bevölkerung verglichen werden ohne Rücksicht auf das verschiedene Gesamteinkommen. Nach den von Soetbeer vor einiger Zeit angestellten Berechnungen beträgt in Preußen das Einkommen für den Kopf 314, in England dagegen 690 Mk. Was will es nun heißen, daß der Engländer bei 690 Mk. Einkommen pro Kopf 31 für Heer, Marine und Schuldenwesen oder 39 Mk. insgesamt an Steuern aufbringt, während der Preuze bei 314 Mk. im Durchschnitt 24 beziehungsweise 21 Mk. leistet? Das heißt, der Engländer bringt 4,5 pSt., der Preuze 7,6 pSt. des Durchschnittseinkommens für Heer, Marine und Schuldenwesen auf und an Steuern der Engländer 5,6, der Preuze 6,6 pSt. Preußen und entsprechend das Reich — denn im Allgemeinen werden die preußischen Verhältnisse als maßgebend gelten dürfen — sind also im Vergleich zu dem Einkommen des Volkes schon jetzt erheblich schwerer belastet als England. Die Last aber wird hier auch deshalb noch besonders schwer empfunden, weil sie größtentheils auf die minder bemittelten Volksklassen abgewälzt wird. In England dagegen sind nach

Gastspiele in höheren Regionen.

Fragmente aus meinen Tagebüchern, von Bruno Geiser. (Nachdruck ohne Erlaubniß des Verfassers verboten).

(Fortsetzung).

Hören Sie, was man sich seiner Zeit in ebenso unterrichten als excludiven Finanzkreisen von den Gründen der Beförderung Gottländers zum Commissionsrath für eine anstehende Geschichte erzählt hat. Gottländer wohnte eines Abends dem bekanntlich immer in ziemlich großem Stile gefeierten Stiftungsfeste unseres Feuerwehrvereins bei, zu dem auch die Spitzen der königlichen und städtischen Behörden geladen wurden und theilweise auch kamen. Bei diesen Herren war unser Mann damals noch nicht besonders wohl gelitten, man konnte ihm den Alten Kleiderhandel immer noch nicht vergessen, und schreckte selbst den Versicherungen des Obersten v. Z., daß er „auf Ehre, ein verflucht ehrlicher Kerl“ wäre, nicht unbedingten Glauben. Nun suchte Gottländer sich bei allen öffentlichen Festlichkeiten in die Nähe jener vielvermögenden Herrschaften zu drängeln, um sie durch seine Lebenswürdigkeit in Niederkeit da zu erobern, wo man am zugänglichsten und menschenfreundlichsten zu sein pflegt — bei der Tafel und beim Weine.

Lange wollte das nicht gelingen; und auch bei dem Feuerwehr-Stiftungsfeste hatte unser Gottländer anfangs wieder das abschlechtigste Pech. Weil er früher

bei solcher Gelegenheit von den Festordnern fast immer an das Ende der Tafel zwischen einflusslose Leute placirt worden war, hatte er sich dies Mal an das Vorstandsmittglied des Feuerwehrvereins, welches den Tafelgästen die Plätze anzuweisen hatte, mit der Bitte gewandt, er möge ihn doch zum mindesten neben einem Mann von Amt und Würden setzen, denn er fühle sich einmal nur wohl unter die feinen Leute.“ Das Vorstandsmittglied schien die Berechtigung von Gottländers Wunsch eingesehen zu haben, zumal Gottländer seine eigene Feinheit dem Festarrangeur dadurch bewies, daß er ihm einen Korb Rheinwein als Geschenk ins Haus schickte, und so versprach er ihm denn, sein Möglichstes zu thun. Am Festabende selbst konnte er nun dem vor Freundschaft und Fett strahlenden Gottländer bei dessen Eintritt in den Festsaal zuflüstern: „Sie haben einen der besten Plätze, Herr Gottländer. Sie sitzen zwischen unserem zweiten Bürgermeister, dem Geheimen Regierungsrath Pletter und dem Geheimen Medicinalrath Dr. v. Krause. Ich gratulire!“ Gottländer's kühnste Wünsche waren übertraffen. Der Geheimen Regierungsrath Pletter ist ein Mann, der hohe Protectionen genießt und der Geheimen Medicinalrath von Krause galt damals noch für einen, der in den höchsten Circeln berühmtesten Arztes. Gottländer konnte den Beginn des Festessens kaum erwarten, er mußte wenigstens ein halbes Duzend Mal die Tafel umkreisen und wieder den Platz aufsuchen, auf dem das Kärtchen mit seinem Namen zwischen dem des Bürgermeisters und des Medicinalraths lag. Sein Platz hatte zwar ver-

schiedene Schattenseiten: er befand sich an einem jener inneren Winkel der hufeisenförmigen Tafel, welche ihren Insassen höchstens gestatten, sich in aller Bequemlichkeit mit dem einen ihrer Nachbarn zu unterhalten; außerdem stand gerade vor ihm ein riesiger Tafelaufsatz und neben diesem ein fast nicht minder riesiges Blumenbouquet, welche Gottländer's röthiges Antlitz, wenn er sah, seinem Vis-à-vis total verbergen mußten. Aber Gottländer war nicht undankbar genug gegen sein gütiges Geschick, um mit ihm über diese untergeordneten Uebelstände zu hadern. Die angenehme Nachbarschaft das in derselben Tafellinie neben Gottländer placirten Geheimen Medicinalrath von Krause war allein schon hinreichend, ihn über alles sonstige Mißgeschick zu trösten.

„Erlauben Sie Herr Geheimrath, mich unterthänigst vorzustellen“, hatte Gottländer sich gleich nach Eröffnung der Tafel an seinen unheimlich blickenden Nachbar unter unaufhörlichen Complimenten gewandt, indem er ihm eine mächtig große Visitenkarte überreichte.

Der Herr Geheimen Medicinalrath war ganz ruhig sitzen geblieben und hatte Gottländer zuerst angeschaut, als ob er eine ihm wildfremde Sprache redete, dann hatte er aber doch die Karte genommen und mit einer Stimme, die laut wie die Posaune des jüngsten Gerichtes, von einem Ende des Saals bis zum anderen klang, ihn nicht angerebet, sondern buchstäblich angebrüllt: „Ach so! Sie heißen Gottländer, nun, und ich bin der Doctor v. Krause!“

(Fortsetzung folgt).

dem Gesetz vom 1. Juni 1876 alle Einkommen unter 150 Pfd. Sterl., also unter 3000 Mark, von der Einkommensteuer befreit und den Einkommen bis zu 400 Pfund, also bis 8000 Mk., ist ein Abschlag von 120 Pfund zugebilligt. Des weiteren sind in England die nothwendigen Lebensmittel, insbesondere Getreide, von Zöllen vollkommen frei, und, Dank den schwedischen Zuckerprämien genießt der Engländer den wohlfeilsten Zucker der Welt.

Die socialdemokratische Reichstagsfraktion brachte ein vollständigen Gesetzesentwurf betreffende Eecmannsordnung ein.

Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Gesetzesentwurfs die Aenderung des Wahlverfahrens hat nunmehr ihren Bericht erstattet. Nach den Beschlüssen der Commission hat das Gesetz in seinen wesentlichen Theilen folgende Fassung erhalten:

§ 1. Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten werden die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden directen Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks-, und Provinzialsteuern in drei Abtheilungen getheilt.

Nicht zur Anrechnung gelangen hierbei die den Betrag von 2000 Mark übersteigende Staatseinkommensteuer, sowie die auf den Mehrbetrag dieser Steuer entfallenden Gemeindesteuerszuschläge.

Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von 3 Mark zum Anlaß zu bringen.

Von der sich hiernach ergebenden Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urwähler entfallen fünf Zwölftel auf die erste Abtheilung, vier Zwölftel auf die zweite Abtheilung und drei Zwölftel auf die dritte Abtheilung.

§ 1 a. Urwähler, welche zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, wählen in der 3. Abtheilung.

§ 1 b. Falls in der dritten Abtheilung nur Personen zu wählen haben, welche zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, findet die Bildung der ersten und zweiten Abtheilung in der Art statt, daß von der Gesamtsumme der für die Abtheilungsbildung nach §§ 1 und 2 in Betracht kommenden Steuerbeiträge fünf Aentel auf die erste Abtheilung, vier Aentel auf die zweite Abtheilung entfallen.

§ 2. Wo directe Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle, die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

§ 2 a. Auch in Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke getheilt sind, wird für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abtheilungsliste gebildet.

§ 3. In den Stadt- und Landgemeinden, in welchen die Bildung der Wählerabtheilungen für die Wahlen zur Gemeindevertretung nach dem Maßstabe directer Steuern stattfindet, werden diese Abtheilungen fortan allgemein in der durch die §§ 1 bis 2 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten vorgeschriebenen Weise gebildet.

§ 4. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere das Gesetz betr. Aenderung des Wahlverfahrens vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 231) werden aufgehoben.

§ 5. Das zum Erlasse des Wahlgesetzes werden die Bestimmungen der Artikel 71 und 115 der Verfassungsurkunde, soweit sie den vorstehenden Bestimmungen entgegenstehen, außer Kraft gesetzt.

§ 6. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft, jedoch erhalten § 2 und für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten die Vorschriften des § 1, wonach bei der Bildung der Urwählerabtheilungen die directen Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in Anrechnung zu kommen haben, erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wegen Aufhebung directer Staatsteuern Geltung.

Dem Volke werden durch diesen Entwurf natürlich keine der Rede werthe Zugeständnisse gemacht. Trotzdem räsonniren die ganzen Reihen enthusiastisch über Ungerechtigkeit gegen sie, die nach wie vor den Löwenanteil des Wahlrechts behalten.

Zum Gesetzesentwurf über die Regelung des Abzahlungs-Geschäftes nehmen die vereinigten Inhaber Berliner Abzahlungs-Geschäfte in folgender Petition Stellung:

Die unweiseliche Aenderung, welche die Regierungsvorlage betreffs eines Gesetzes zur Regelung des Abzahlungs-Geschäftes in der Commission erhalten, hebt die Gefahren für die Existenz des gesammten Waaren-credithandels nicht auf. Mit Inkraftsetzung des Gesetzes wäre es gerade dem soliden und capitalistischen Kaufmann fernhin unmöglich, Waaren auf Abzahlung zu verkaufen, würde er doch so gut wie rechtlos in den Händen seiner Schuldner liegen. Das Gesetz will den Kaufmann verpflichten, die in ganz neuem Zustand ver-

kauften Mobilien jederzeit, sobald es dem Käufer beliebt, — er brauchte nur seine Abzahlung einzustellen. — als alte, verbrauchte, fast werthlose Sachen zurück zu nehmen. Die geringe Abnutzung Entschädigung könnte dabei den Schaden des Geschäftsmannes wenig reduciren, da keine andere Verwendung für das zurückgenommene Object bliebe, als es im Wege der Auction zu versteigern für Preise, welche bei der dann unausbleiblichen Ueberschwenmung des Marktes mit gebrauchten Mobilien noch weit niedriger ausfielen, als sie heute schon sind. Das Gesetz würde thatsächlich aus dem heutigen kaufmännischen Abzahlungs-Geschäft ein Verleih-Institut machen, das nicht mehr verkauft, sondern im wahren Sinne des Wortes verleiht.

„Unter diesen Umständen wären die Inhaber solcher Geschäfte, deren Anzahl nach Tausenden im Reiche zählt, geröthigt, ihren jetzigen Erwerbszweig aufzugeben, — ein Unglück und Ruin für zahllose Staatsbürger!

„Der hohe Reichstag wolle bedenken, daß der Abzahlungs-Händler nach jetziger Lage des Geschäfts sich ausschließlich als Verkäufer seiner Waaren betrachtet, dem nichts ferner liegt, als der Gedanke, die einmal verkauften Gegenstände wieder an sich nehmen zu müssen. Wenn derselbe sich bei den Verkäufen, soweit sie Mobilien betreffen, das Eigenthumsrecht vorbehält, so geschieht es nur, weil das Gesetz bisher keine andere Sicherheit gegenüber den meistens b. s. g. Schuldnern geboten. Der Credithändler will weiter nichts als den ausbedungenen Kaufpreis den betrachtet den Eigenthumsvorbehalt nur als Schutz gegen Verluste, welche sonst eintreten könnten dadurch, daß seitens eines anderen Gläubigers das betreffende Creditobject abgepfändert würde, oder der Schuldner selbst es veräußerte.

„Die Verwirklichungsclausel des Selbstvertrages gilt den Geschäftsleuten nur als einzige Bürgschaft dafür, daß der Schuldner seinen Abzahlungsverpflichtungen nachkommt. Es ist denn auch in dem Geschäftsverkehr der Unterzeichneten, wie deren Handlungsbücher nachweisen, niemals vorgekommen, daß von dieser Verwirklichungsclausel ohne zwingende Nothwendigkeit Gebrauch gemacht worden wäre. Die Kaufleute dieser Branche sind gewöhnt und im eigenen Geschäftsinteresse angehalten, die größte Rücksicht mit ihren Schuldnern zu üben, denn mit dieser weitgehendsten Rücksicht ist es allein möglich, die unerwünschte Zurücknahme des Credit-Objectes so weit zu vermeiden, daß zum Beispiel eine solche unter tausend Verkäufen wohl nur einmal vorkommt. Und bei diesen unabwehrbaren Zurücknahmen haben die Gläubiger in den allermeisten Fällen noch Schaden zu leiden, da der ausbedungene Verkaufspreis nur höchst selten durch das Zurückgenommene und der darauf geleisteten Zahlungen gedeckt wird. Bei dieser th. ausä. Lage des Waaren-credithandels hätten es die unterzeichneten Interessenten auch nicht für nöthig gehalten, das ein besonderes Gesetz zum Schutze des Creditnehmers, der schon jetzt hinlänglich geschützt ist durch die Vertheilung der Rechte und Pflichten, ges. zu werden. Die mißbräuchliche Ausnutzung der Verwirklichungsclausel durch einzelne rücksichts- und gewissenlose Gläubiger ist nur in sehr seltenen Fällen möglich und steht in einem äußerst unbilligen Verhältnisse zu der allgemein üblichen humanen Geschäftsbewandlung. Soll jedoch dieser immerhin mögliche Mißbrauch zulässig gelassen werden, so könnte dieses Ziel vollaus erreicht werden, ohne, wie es in der Vorlage geschieht, den gesammten Waarencredithandel in Frage zu stellen. Die mögliche mißbräuchliche Ausnutzung der Verwirklichungsclausel kann einzig und all. in durch Herausgabe des Objectes geschehen, falls der Schuldner seinen Vertragspflichten nicht nachkommt.

„Würde deshalb zukünftig eine Klage auf Herausgabe des Creditobjectes nicht mehr statthaft sein, so müßte auch jeglicher Mißbrauch hiermit aufgehoben.

„Die interessirten Geschäftsleute können nun auf eine Verwirklichungsclausel, welche das ganze Object trifft, vollständig verzichten, wenn ihnen das Gesetz in anderer Weise Schutz gewährt gegen die Willkür böswilliger Schuldner. Ein dahinaltendes Gesetz erlauben sich die ergebenst Unterzeichneten dem hohen Reichstag hiermit zur gefälligen Prüfung zu unterbreiten.

„Gesetz, betreffend die Regelung des Abzahlungs-Geschäftes.

§ 1. Bei Abzahlungs-Geschäften mit Eigenthumsvorbehalt bezieht sich die Verwirklichungsclausel nur auf die Rückforderung des Kaufpreises, nicht auf die Herausgabe des Creditobjectes; die contractliche Abmachung einer solchen Herausgabe ist ungültig.

§ 2. Ein auf Grund der Verwirklichungsclausel erzieltes vollstreckbares Urtheil kann an den fraglichen auf Abzahlung gekauften Objecten auch dann voll-

streckt werden, wenn diese zu dem Nöthigsten gehören.

§ 3. Eine ausbedungene vom Käufer zu leistende Conventionalstrafe für den Fall, daß er seinen Vertragspflichten nicht nachkommt, ist ungültig.

— Dieser Vorschlag der Inhaber der Berliner Abzahlungs-Geschäfte erscheint beachtenswerth. Die argen Uebelstände des gerichtlichen Pfändungswesens beanspruchen übrigens auch auf das Dringendste Abhilfe. Proletariersloos. Auf Zsch. Qu. 10 fand am Morgen des 21. Februar zwischen 9 und 10 Uhr auf Schacht III eine Explosion schlagender Wetter statt. Von sechs Arbeitern, die im Schachte mit Abteufen beschäftigt waren, sind vier leicht verletzt; zwei verunglückten im Schachtstumpfe.

Eine der verbreitetsten agrarischen Lügen ist die daß der Brotpreis einem heruntergehenden Roggenpreis nicht folge, so daß es ganz gleichgültig sei, ob das Korn durch Getreidezölle vertheuert werde oder nicht. Die „handwerkerfreundlichen“ Conservativen und ihre Presse sind dabei sofort mit der Erklärung bei der Hand, daß das dem Brotkonsumenten abgepreßte Geld an den Händen der Bäcker fl. b. n. bleibe. Daß der Brotpreis nicht sofort einem sinkenden Getreidepreise folgt, hat seinen Grund darin, daß immer ein Quantum Mehl vorhanden ist, das aus theuerem Getreide stammt und daher erst verarbeitet werden muß, ehe der Bäcker mit der Herabsetzung des Brotpreises folgen kann. Diese Frist kann 14 Tage oder 4 Wochen währen, je nachdem. Im ganzen findet zwischen Kornpreis und Brotpreis eine regelmäßige feste Wechselbeziehung statt. Beweis: Das Kaiserlich Statistische Amt veröffentlicht soeben unter eine Reihe von Waarenpreisen auch die Preise von Roggenbrot, Roggenmehl und Roggen in Berlin in den einzelnen Monaten der Jahre 1888 bis 1892 unter Beifügung einer übersichtlichen graphischen Darstellung. Die Uebersichten entsprechen jährlich von Dr. E. Dirichberg mitgetheilten Zahlen, welche das Statistische Amt der Stadt Berlin regelmäßig ermittelt und monatlich publicirt.

Die Preise betragen im verfloßnen Jahre für 100 Kilogramm in Mark

	Roggenbrot	Roggenmehl	Roggen
1892			
Januar . . .	33,89	30,21	22,45
Februar . . .	34,53	29,18	20,95
März	33,37	29,07	20,59
April	32,78	26,80	19,92
Mai	31,93	26,38	19,79
Juni	31,64	26,13	19,57
Juli	30,28	25,19	18,53
August	28,84	20,33	14,82
September . .	26,18	19,73	14,47
October	25,09	19,11	14,02
November . . .	23,31	17,99	13,44
December . . .	22,45	17,46	13,08

Vom höchsten Stande ist darnach im Laufe des Jahres der Roggenpreis um 9,37 Mark und der Brotpreis um 12,03 Mark gefallen; in derselben Zeit, in welcher Korn einen außerordentlichen Preisfall durchgemacht, hat auch der Brotpreis eine außerordentliche Herabsetzung erfahren. Das Schlüssergebniß ist, daß in Berlin fünf Pfund Roggenbrot, welche im Anfange des Jahres den sehr hohen Preis von 86 Pf. kosteten, im Monat December für 56 Pf. zu haben waren, mithin im Laufe des Jahres um 30 Pfennige billiger geworden sind. Gerade gegenwärtig, da von agrarischer Seite der zum größten Theil durch die ausgezeichneten Ernte, zum kleineren Theil durch die Zollermäßigung herbeigeführte Preisrückgang des Roggens als ein wirtschaftliches Unheil für die Roggenproducenten beklagt wird, verdienen diese Zahlen Beachtung, denn sie lassen erkennen, welcher Segen diese gute Ernte sammt dem starken Preisfall für die ganze Roggenbrot konsumirende Bevölkerung, namentlich unter den vielfach schlechten Erwerbsverhältnissen, gewesen ist. Sie bestätigen damit auch überzeugend den in den letzten handelspolitischen Debatten vom Reichskanzler gethanen Anspruch, daß die Getreidezölle ein schweres Opfer für das Land seien.

Die Stichwahl im Wahlkreise Liegnitz-Gaynau-Goldberg ist auf Sonnabend, den 4. März angesetzt.

Nachwehen der Bismarck'schen Politik. Aus Ostpreußen schreibt man der Berliner „Volkzeitung“: An den seit dem Jahre 1886 und 1887 stattgehabten Polenauweisungen haben Orts- und Kreisarmenverbände in den Grenzbezirken noch immer zu leiden. In vielen Fällen haben die Ausgewiesenen Frauen und Kinder hinterlassen, die im Nachbarlande nicht aufgenommen wurden und hier zurückbleiben mußten. Aller Mittel entböhrt und nicht im Stande, sich zu ernähren, sind sie vielfach den Armenverbänden zur Last gefallen. Noch heute gehen Anträge von Angehörigen damals

Ausgewiesener ein und müssen bewilligt werden. Die Stals mancher Armenverbände haben in Folge dieses Umstandes in den letzten Jahren bedeutende Erhöhung erfahren müssen.

Die Dortmund Straflammer verurtheilte heute den Führer der Bergarbeiter, Fritz Bunte wegen indirecter Aufforderung zum Ausstand in Bergarbeiter-versammlungen in Dortmund, Essen und Dorstfeld zu einjährigem Gefängniß. Bunte wurde wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Frauen als Ärztinnen? Der erste Bürgermeister von Danzig, Dr. Baumbach, hat mit seinen näheren Parteifreunden den vernünftigen Antrag eingebracht, die von dem Bundesrath erlassenen Vorschriften „über den Nachweis der Befähigung als Arzt einer Revision in dem Sinne zu unterziehen, daß auf Grund dieses Nachweises auch Frauen die Approbation als Arzt erteilt werden muß“

Dieser Antrag, welcher zu dem Capitel des Stats: Reichs-Gesundheitsamt heute verhandelt wurde, gab Anlaß zu einer ziemlich ausgedehnten Debatte. Dabei zeigte sich, daß die Anschauungen über die Möglichkeit der Zulassung der Frauen zum Studium sich gegen früher ungemein zu Gunsten der Forderung abgeklärt haben. In Herrn Endemann, dem Vertreter für Kassel, fand zwar der Concurrenzneid gewisser Mediciner, welche die Frauenärzte um jeden Preis fern halten wollten, einen beredten Vertreter, sonst aber sprach sich sogar der conservative Redner für die Nothwendigkeit aus, daß den Frauen durch Geschlechts-genossinnen ärztlicher Rath und Beistand geleistet werde. Nur das Centrum bleibt in dieser Frage nach wie vor auf seinem bornirten Philisterrandpunkt stehen. Den Herren schwebt eben das Beispiel vom kleinen Finzer und der ganzen Hand vor. So ganz unrecht haben die Schwarzröcke in dieser Beziehung ja auch nicht. Ihren Standpunkt rednerisch vertreten zu lassen, dazu kamen sie aber heute nicht. Da in nächster Zeit Petitionen, welche das gleiche Thema behandeln, an das Plenum kommen, so zogen die Antragsteller ihren Antrag zurück, womit die Debatte geschlossen war.

Die deutsche Reichsregierung hat dem Schweizer Bundesrath die Zusicherung erteilt, sie werde den deutschen Socialdemokraten Köster in Zürich im Falle seiner Auslieferung nur wegen Meineids, nicht aber wegen Majestätsbeleidigung und Preßvergehens bestrafen. Der Entschluß des Bundesgerichts über das Auslieferungsgesuch steht nunmehr nichts mehr im Wege.

Ausland.

England.

Ueber die Haftpflicht der Arbeitgeber ist im englischen Parlamente eine Bill eingebracht worden. Dieselbe bezweckt dreierlei: 1. Die Doctrin der „gemeinsamen Beschäftigung und Verantwortung abzuschaffen, 2. den Arbeitgeber zu verhindern, durch gewisse Klauseln im Arbeitscontract seine Haftpflicht zu umgehen; 3. die Erzielung der Entschädigung zu vereinfachen. Zum ersten Punkte machte Mr. Asquith die folgenden Ausführungen:

Nach dem gemeinen Recht ist der Arbeitgeber den von ihm Beschäftigten sowohl in England als in Schottland für Unfälle, die durch seine eigene Nachlässigkeit ihnen zugefügt worden, haftbar. und nach einer jüngsten Entscheidung des Oberhauses heißt Nachlässigkeit des Arbeitgebers hier nicht nur persönliche Sorglosigkeit im engeren Sinne, sondern auch Sorglosigkeit in der Auswahl der Maschinen, der Arbeiter und Nichtanwendung der geeigneten Arbeitsordnung. In Folge des Wachstums und der Ausdehnung der Betriebe wurde es nun dem verunglückten Arbeiter schwer, die Haftpflicht seines Patrons zu beweisen, da es ihm nicht leicht möglich war, seinen Unfall aus der persönlichen Nachlässigkeit des Fabrikanten, auch im weiteren Sinne gefaßt, herzuleiten. Daher riefen die Arbeiter zu ihrem Schutze nun allerdings ein anderes Rechtsprincip an: Der Fabrikant sei auch für das Verhalten seiner Stellvertreter und seiner Angestellten innerhalb ihrer Functionsphäre verantwortlich. Die Gerichtshöfe aber nehmen in Zweifelsfällen an, daß der Arbeiter stillschweigend einen Contract eingehe, kraft dessen er die während seiner Thätigkeit vorkommenden Unfälle seiner Genossen mit diesen gemeinam zu verantworten habe, d. h. der Fabrikant, Minenbesitzer etc., war fast in jedem Falle von vornherein exculpirt, während zur Entschädigung eventuell der gemeinste Arbeiter herangezogen wurde. Diese richterliche Entscheidung bestimmte von jetzt an diesen Punkt des Arbeitsverhältnisses. Nun aber werden durch diese eigenthümliche Interpretation die sonstigen Facten auf den Kopf gestellt. Wenn ein Eisenbahnunfall durch die Schuld eines der Eisenbahnbeamten sich ereignet, so

hält sich jeder davon betroffene Passagier an die Eisenbahngesellschaft. Die Nuzanwendung ist diese: der Fremde ist dem Arbeitgeber, (der Gesellschaft) gegenüber besser daran, als der von ihr Beschäftigte (Weichensteller, Locomotivführer u. s. w.) Zweitens kann jene Auffassung die Arbeitgeber nachlässig machen, drittens behandelt sie dieselben unter einander ungleich, da nur der kleinere Fabrikant persönlich die Aufsicht führt und eventuell haftpflichtig werden könnte. Dem gegenüber steht die neue Bill fest: Wo Jemand auf seine Verantwortlichkeit hin Triebkräfte in Bewegung setzt, welche für andere Lebensgefahr bedingen, da muß er für die möglichen Folgen einstehen. Dieser Satz erleidet aber folgende Beschränkung: es steht dem Arbeitgeber, wenn die Bill Gesetz wird, offen, den Einwurf zu erheben, daß der Arbeiter durch seine Nachlässigkeit theilweise Urheber des Unfalls sei, da es doch nicht anginge, den Fabrikanten haftpflichtig zu machen, wenn aus der Nachlässigkeit oder Unterlassung des Arbeiters der Schaden sich erklären läßt. Durch ein Amendement zu der Bill verhinderte Chamberlain die zweite Lesung, da er meinte, daß eine Aenderung des Haftpflichtgesetzes nur dann von Nutzen sein könne, wenn dem Arbeiter für sämtliche im Verlaufe seiner Thätigkeit erlittenen Verletzungen, die nicht ausschließlich durch sein Versehen herbeigeführt seien, Entschädigung gesichert werde. Die Bill in ihrer jetzigen Gestalt würde nur zu neuen endlosen Processen führen und so ihren Zweck verfehlen.

Oceanien.

Kimberley, welcher der britischen Regierung Bericht über in den Stand in Hawaii erstattet, sendet einigen hervorragenden Blättern folgende Sensationsnachrichten über die Vorgänge in Honolulu. Darnach hätten Deutsche und Engländer seit einem Jahre die Besitzergreifung der Inseln geplant und die Eingeborenen im Geheimen bewaffnet. Die Waffen wären vom deutsch-britischen Consulat geliefert worden. Amerikanische Freiwillige hätten vom Polizeigebäude Besitz ergriffen und seien alsdann von Eingeborenen zur Uebergabe aufgefordert worden. Auf die Weigerung wäre geschossen worden, in Folge des Gefechtes wären vier Deutsche getödtet und viele verwundet worden; schließlich hätten die Eingeborenen die Flucht ergriffen unter Mitnahme der Todten und Verwundeten. Engländer hätten an diesem Gefecht nicht theilgenommen.

Amerika.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind am Vorabend eines Regierungswechsels, der, so weit dies möglich, auch ein Systemwechsel ist — und nirgends begannen wir einem Zeichen der Aufregung oder gar der Beunruhigung. Während wir Bürger der alten Welt mit unseren „festen“ Regierungen schon aus dem Häuschen gerathen, wenn eine Ministerkrise ausbricht, und durch eine Kanzlerkrise so erschüttert werden, daß nach drei Jahren das Reisen, Gekloppter, Conspiriren und Rabauen fortbauert, vollzieht sich in der transatlantischen Republik der Wechsel des Staatsoberhauptes mit derselben Ruhe, wie bei uns der Wechsel eines städtischen Bürgermeisters. Und — wohlaemerkt — die Vereinigten Staaten sind gegenwärtig das weitaus mächtigste Reich der Erde und so gewaltig wachsend, daß sie nach einem weiteren Vierteljahrhundert ganz Europa an materieller und moralischer Macht überholt haben werden.

Am 4. März, also in 10 Tagen, zieht Cleveland, der neue Präsident, ruhig in das „Weiße Haus“ ein — den bescheidenen Palast des amerikanischen Staatsoberhauptes —, und Harrison, der alte Präsident, packt ruhig ein, um dem Nachfolger Platz zu machen. Und das amerikanische Volk ist so ruhig wie der alte und der neue Präsident — Staat und Gesellschaft gehen ihren ruhigen Gang. Die Gesammtheit, das Volk ist eben dort alles, der Einzelne nichts — und sei er auch Staatsoberhaupt. —

Rußland.

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß in Finnland in Folge des Fehlschlagens der letzten Ernte Hungersnoth und Krankheiten einen erschreckenden Umfang angenommen hätten; im Norden und Osten des Landes befänden sich wenigstens eine halbe Million Bauern in äußerstem Elend.

Asien.

In Hinterindien bereiten sich neue Verwickelungen vor, die für Frankreich recht unbequem werden können. Der „Standard“ meldet aus Bangkok: „Die gegenseitige Erbitterung zwischen den Franzosen und Siamesen sei im Wachsen begriffen. Der französische Consul und der Ministerresident wären von den siamesischen Behörden brüskirt, und mehrere französische Reisende an der Grenze geschnitten worden, obgleich sie mit Reisepässen

versehen waren. Der französische Ministerresident verlangt eine Genugthuung. Die tonkinensischen Blätter fordern zu einer Demonstration in Mekongthal auf. In Frankreich wird man sich jedoch wohl schwer entschließen, sich in neue hinterindische Abenteuer einzulassen. Man hat an den Schwierigkeiten dabei gerade genug.

Parteiangelegenheiten.

Die Socialdemokratie in Pommern. Unter diesem Titel hat Genosse Fritz Herbert in Stettin eine Broschüre herausgegeben, die eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung der pommerschen Socialdemokratie seit dem Jahre 1869 enthält. Das interessante Schriftchen ist vom Herausgeber zum Preise von 15 Pf. excl. Porto zu beziehen.

Parteipresse. Aus Kiel meldet das „Hamburger Echo“: Die Vorarbeiten zu der am 1. April d. J. ins Leben tretenden neuen socialdemokratischen Zeitung sind größtentheils erledigt. Beim Umbau der Gebäudes in der Bergstraße sind die größten Schwierigkeiten überwunden. Es wird schon am 19. März die erste und 26. März die 2. Probenummer in 20 000 Exemplaren herausgegeben.

Gemeindevahlen. In Lehrte (Braunschweig) wurde in der dritten Klasse ein Socialdemokrat in den Gemeinderath gewählt. Auch in Braunlage a. S. siegte in derselben Klasse ein Genosse.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Februar 1893.

[Beschlagnahme.] Die „Bresl. Morgenztg.“ berichtet unter dem Datum des 25. Februar folgendes: Gestern wurde die Nummer 27 der „Volkswacht“, des hiesigen Organs der Socialdemokraten polizeilicherseits mit Beschlag belegt. — Wir haben auch schon so etwas läuten gehört! Ein Schuhmann sprach am Donnerstag in der Expedition vor, und verlangte die betreffenden Nummern der „Volkswacht“. Er konnte aber die Bescheinigung eines höheren Auftrages nicht erbringen und wurde ihm von unserem Verleger Genossen Schütz die Belehrung zu Theil, daß wohl noch 9 Stück der Nummer 27 vorhanden, er jedoch dieselben auf treuen Glauben nicht erhalten könne. Eine Nummer erhielt aber der Herr Schuhmann von Genossen Schütz freigebiger Weise. Bis zur Stunde ist uns jedoch von einer richtigen Beschlagnahme der „Volkswacht“ nichts weiter bekannt.

[Lesezimmer 3.] Den Genossen zur Nachricht, daß nächsten Dienstag der Discussionabend ausfällt und dafür bestimmt über acht Tage stattfindet. Das Thema lautet: „Antisemitismus“. Referent Genosse Tige, Gegenreferent Genosse Schebs.

[Verirrtes Kind.] Am 24. d. Mts., Mittags, wurde ein ungefähr 2 Jahre altes Mädchen auf der Schrotgasse aufsichtslos angetroffen und von der Schieferdeckersfrau Fleischer, Mühlgasse Nr. 21a wohnhaft, in Pflege genommen. Das Kind ist mit rothem Näckchen, rothweiß carrirtem Kleide, dunkelblauen Strümpfen, Duffelschuhen und rother Plüschmütze bekleidet.

[Alarmirung der Feuerwehr.] Am Sonnabend, den 25. d. Mts., Abends 3/4 9 Uhr geriet in dem Fabrikshornstein des Kroll'schen Bades auf der Werderstraße durch flüchtiges Feuer eine Menge angestammelter Ruß in Brand. Die alsbald herbeigerufene Feuerwehr beseitigte nach kurzer Thätigkeit jede Gefahr.

[Diebstähle.] Einem Kaufmann wurde gelegentlich eines Aufenthaltes in Dels vor einigen Tagen ein Weidentorb mit festgenähter Leinwanddecke und 27 Stück Tabakspfeifen, im Werthe von 60 Mk. gestohlen. — Zu Anfang dieses Monats wurde einem Rohrleger aus seiner Wohnung auf der Margarethenstraße ein Sparkastenbuch (Nr. 49439) über 830.96 Mk., auf den Namen Auguste Folger lautend, gestohlen. Von diesem Buch sind, soviel ermittelt bereits 700 Mark erhoben worden. Ueber die Person des Diebes fehlt noch jede Spur.

[Unfälle.] Am 23. d. Mts. goß sich der Fleischerlehrling Wilhelm Fuhrmann von der Matthiasstraße verkehentlich kochendes Wasser über den Körper und erlitt eine besonders schwere Verbrühung des rechten Fußes. — Auf ganz dieselbe Weise verunglückte der Fleischerlehrling Paul Böden von der Rosenthalerstraße. Er erlitt hauptsächlich an der Brust und an den Armen schwere Verbrühungen. Beide Verunglückte fanden im Krankenhause der Barmherzigen Brüder Aufnahme. — Am 24. d. Mts., Nachmittags, wurde auf der Bohrauerstraße ein Arbeiter von Krämpfen befallen und stürzte zu Boden. Da in dem Besinden des Mannes keine Fieberung eintrat, wurde er von 5 Männern, die

Ihn kaum zu bewältigen vermochten, zunächst nach dem Herzog Hand'schen Krankenhaus und dann von dort mittels Krankenwagens nach dem Allerheiligen-Hospital überführt.

[Polizeiliche Meldungen.] In das Polizeigefängnis wurden am 24. d. Mts. 33 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: einem Drahtbinder im Wartesaal vierter Klasse des Oberschlesischen Bahnhofes ein Portemonnaie mit 12 Mark; einer Haararbeiterin auf der Heinrichstraße ein Schaufenster mit Zöpfen und dergl. — Abhanden kamen: zwei goldene Damenuhren, ein Portemonnaie mit 68 Mark.

Schlesien.

Grünberg. Das „Grünberger Wochenblatt“ bezieht sich außerordentlich, eine in der „Volkswacht“ erschienene Notiz über die Zustände in der Cigarrenfabrik von Emminger als eine „arge Uebertreibung“ hinzustellen. Nachdem es die erwähnte Einsendung im Wortlaut mitgeteilt, wofür wir übrigens sehr dankbar sind, schreibt es folgendermaßen: Von betheiligter Seite erfahren wir dagegen: Es sind 4 Mädchen zum Wackeln angenommen, welche für die erste Woche als Lernmädchen 1 Mark, für die zweite 1,50 Mark erhalten, von der dritten Woche ab auf Accord arbeiten und pro 1000 Wackel wie anderwärts 2 Mark erhalten, wobei sie sich wöchentlich auf 6—7 Mark, auch höher sehen. — Vielleicht interessiert es auch die Leser der „Volkswacht“, zu hören, auf welche Weise das „Wochenblatt“ zu dieser Mitteilung von „betheiligter Seite“ gelangt ist. Da außer dem Gelehrten des „Wochenblattes“ noch Niemand in Grünberg von der Einsendung etwas wissen konnte, am allerwenigsten Herr und Frau Emminger, so liegt es auf der Hand, daß obengenannter Gelehrter schleunigst zur Firma Emminger gerannt ist, und von dem abscheulichen Mientat auf die Geschäftsehre derselben Mitteilung machte und nun das nötige Material sich verschaffte. Hoffentlich wird sich doch auch die Firma E. erkenntlich gezeigt haben. Thatsache ist nun folgendes: Der Werkführer (?) Wschaff gab auf Verhaltungen seitens seiner Freunde zu, daß die betreffenden Mädchen mit einer Mark pro Woche entlohnt würden. Derselbe würde es keineswegs verschwiegen haben, wenn seitens der Firma überhaupt an eine Erhöhung des Lohnes in nächster Zeit gedacht worden wäre. Dieser herrische (heldenhafte) Entschluß scheint vielmehr erst auf die Bloßstellung in der „Volkswacht“ hin gefaßt worden zu sein. Wenn sich dem entsprechend der Lohn der Arbeiterinnen verbessert hat, so haben sie dies eben nur der „Volkswacht“ zu verdanken. Auf unsere Beschwerden hin ist schon so mancher in die Augen springende Uebelstand beseitigt worden und wir begreifen auch vollständig den Haß, mit dem uns das gesammte Ausbeuterthum und seine Beamten, das bezahlte Lohnschreiberthum mit eingerechnet, beehren. Dessen ungeachtet werden wir weiter fortfahren, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten.

Um Irrthümern vorzubeugen, bemerken wir übrigens noch, daß der erwähnte Bericht von Mitgliedern des Tabakarbeiter-Verbandes eingekandt wurde, welche von den Verhältnissen ganz genau unterrichtet waren. Von derselben Seite wurde auch dem Wochenblatte eine Berichtigung der oben erwähnten Notiz eingekandt und selbstverständlich verstümmelt und verballhornisiert wiedergegeben. Das „Wochenblatt“ ist eitel Wahrheit, die „Volkswacht“ übertreibt und heßt auf. Nun, uns kanns recht sein; je mehr sich das freisinnige Organ für die Interessen der Unternehmer ins Zeug legt, desto besser für uns.

Daß das Behreben weibliche Arbeitskräfte anzulernen, nur darauf hinausläuft billige und willfährige Lohnsklaven heranzubilden, wird allerdings das Wochenblatt nicht zugeben wollen, trotzdem es ihm jeder Grünberger Arbeiter auf Verlangen in die Ohren schreien würde.

Parlaments-Berichte.

Original-Berichte der „Volkswacht“

Deutscher Reichstag.

52. Sitzung am 25. Februar 1893.

Ergegangen ein Schreiben des Reichskanzlers, in welchem die auf Antrag des Reichstags erfolgte Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Ahlwardt angezeigt wird.

Der von dem Abg. Ristelen beantragte Gesetzentwurf, wonach die Verjährung eines Straffalles ruhen soll, wenn der Strafverfolgung gesetzliche Hindernisse (Immunität der Abgeordneten) im Wege stehen, wird in dritter Berathung endlich angenommen.

Es folgt die Berathung der Postdampfer-Novelle. Die Vorlage will: Wegfall der Anschlaglinie im Mittelmeer und der dafür anzusetzenden Subvention von 400 000 Mark, dafür Anlaufen von Neapel gegen Beiträge von 100 000 Mark.

Einigen der Samoa-Linie und dafür Errichtung einer Linie Singapur-Neu-Guinea.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die Mittelmeer-Linie die Samoa-Linie haben den Erwartungen nicht entsprochen. Die Beihilfe für das Anlaufen Neapels wird erforderlich durch die dadurch erhöhte Tonnengebühr. Die neue Linie von Singapur über die Sunda-Linie nach Neu-Guinea will der Norddeutsche Lloyd ohne Erhöhung der Subvention einrichten. In freisinnigen Blättern werde der einfache Wegfall des Zuschusses für die Samoa-Linie gefordert; aber der Norddeutsche Lloyd habe auf fünfzehn Jahre Anspruch auf diesen Zuschuß und könne auf seinem Schein bestehen.

Abgeordneter Dr. Bamberger (freisinn.): Die Vorlage beweise, wie Recht diejenigen hatten, die sich die ausschweifenden Hoffnungen, die auf die Dampfer-Subventionen gesetzt wurden, nicht theilten. Jetzt würden zwei der Linien als überflüssig aufgegeben und die dafür gemachten Aufwendungen seien pro nihilo. Mit der Aufhebung der beiden Linien sei er einverstanden, nicht aber mit dem Anlaufen von Neapel und der neuen Neuguinea-Linie. Bei letzterer handle es sich um Unterstützung eines Privatunternehmers, der Neuguinea-Gesellschaft. Ein Handel mit Neu-Guinea gebe es noch nicht. Er würde einer Entschädigung des Lloyd für die Abtragung des Schiffes „Lübeck“ zustimmen, wenn die Samoa-Linie und damit die 250 000 Mark Reichssubvention einfach wegfielen. Bei der australischen Linie habe der Lloyd bisher Alles in Allem 16, das Reich 24 Millionen an Subvention eingeholt. Die Lloyd-Dampfer hätten im vorigen Jahre im Verkehr mit Ostafrika und Australien etwa für 16 Millionen Mark befördert, Hamburg dagegen ohne Subvention! — 56 Millionen. Mit künstlichen Mitteln fördere man eben Handel, Industrie und Ackerbau. Mit der Subvention sei nur erreicht worden, daß mit deutschen Gelde englische Auswanderer billig befördert worden seien. Dem Lloyd könnte es nur lieb sein, seine Verpflichtungen los zu werden. Man mache ihm doch den Vorschlag.

Staatssekretär Dr. von Stephan könnte den Zahlen Bambergers andere gegenüber stellen; aber die nackten Zahlen seien hier nicht das Wesentliche. Durch die Subventions-Dampfer seien wir vor Allem in unserem Verkehr mit dem Auslande viel unabhängiger. Die Geschäftsgeheimnisse unserer Industrie und unseres Handels seien gesichert. Den Vorschlag, die Dampferverbindungen ein- und auszulassen und den Lloyd abzulassen, würde weder der Reichstag noch der Lloyd annehmen. Er würde sogar lieber 14 tägige Linie einrichten. Andere Staaten verwendeten ganz andere Summen als wir; England habe bisher 600, Frankreich 450 Mill. an Subventionen gezahlt. Auf Neu-Guinea bewähre sich namentlich die Tabakkultur.

Abg. Graf Hohenhausen (Ctr.) beantragt Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Für die Beurteilung der Dampfer-Subventionen dürfe das materielle Interesse nicht allein entscheidend sein.

Director der Colonialabtheilung Dr. Kayser erwidert auf eine Anfrage des Vorredners, daß mit der deutschen Herrschaft auf Neu-Guinea sowohl die katholische als die evangelische Mission großen Aufschwung genommen habe. Gerade die Missionen erklärten es aber für ein schwebendes Bedürfnis, daß endlich eine gesicherte Schiffsverbindung mit dem Mutterlande hergestellt werde. Die Neu-Guinea Compagnie könne die Last, die ihr aus dem Mangel einer solchen Verbindung erwachse nicht mehr tragen.

Abg. Dr. Barth (fr.) Frankreich habe mit den Dampfer-Subventionen schlechte Erfahrungen gemacht. Die deutsche Abtheilung habe sich ohne Subvention gehoben, während die Subventionirten Linien schlechte Geschäfte machten. Auf die sogenannten indirecten Vorteile lege er wenig Werth. Die Rentabilität gebe bei solchen Unternehmungen den Ausschlag. Wenn die Neu-Guinea-Compagnie auf ihr Unternehmen verzichten müßte, wenn sie nicht die Subventionirte Dampferverbindung bestimme, so wäre das ganze Unternehmen nichts werth.

Abg. Scipio (natl.) bejworte die Vorlage. Im Interesse unseres Exports müßten für die Verbindung mit unserem Colonien möglichst günstige Verhältnisse geschaffen werden. Die Neu-Guinea-Compagnie habe schon sehr viel geleistet.

Abg. Dr. Bamberger: Wenn unter „indirect“ gezählt verstanden werde, ja, sonst nicht. Sei das Unternehmen so ausschließend, so könne die Compagnie die Kosten der Schiffsverbindung selbst tragen.

Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen. Während der Verhandlung ist Ahlwardt, der Abgeordnete für Arnswalde-Friedberg, in das Haus eingetreten. Derselbe hat zunächst eine längere Unterredung mit dem Abg. Siedler (conf.) und dann eine solche mit dem Abg. v. Jagzewski (Pole).

Erlich werden Wahlprüfungen erledigt.

Abg. Müller (natl.), dessen Mandat die Commission für ungültig zu erklären beantragt, hat dasselbe inzwischen niedergelegt.

Die Wahlen der Abgg. Lucius (No) und Scipio (natl.) werden für gültig erklärt, die der Abgg. Dr. Schier (conf.) und Müllenstejn (natl.) beanstandet.

Bei der Abstimmung über die Wahl des Abg. v. Reden (natl.) ergibt sich Unzulänglichkeit des Quorums (es stimmen 89 für, 79 gegen Gültigkeit).

Morgen: Prüfung der Wahl Ahlwardt's, kleinere Vorlagen, Etat des Justizamts.

Abgeordnetenhaus.

39. Plenarsitzung.

Sonnabend, 25. Februar 1893. 11 Uhr.

Das Haus legt die Berathung des Culusstats bei dem Capitel „Medicinalwesen“ fort.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Jerusalem (Centr.) erwidert

Minister Dr. Besje, daß er die begonnenen Vorarbeiten für die Medicinal-Reform im Ministerium vorgefunden habe, allein es komme hier in Betracht das Bekannte: „Am Gebe hängt, nach Gebe drängt doch Alles!“ Er könne nicht arbeiten, wenn er vom Finanzminister immer nur die Mittelung erhalte, daß für solche Zwecke kein Geld vorhanden sei, auch müsse ja auf die ungünstige Finanzlage Rücksicht genommen werden. Jedenfalls sind die Leistungen unserer Medicinalbehörden gegenüber der Cholera recht erfolgreich gewesen, wir haben die Seuche überall unterdrückt. Im einzelnen seien viele Fragen strittig, so namentlich die Stellungen der Physik, von denen man bezweifeln kann, ob es besser ist, ihnen die Privatpraxis zu belassen oder nicht. Soviel ist sicher, so wie die Dinge jetzt liegen, können sie nicht bleiben. Wir sind uns der schweren Aufgabe, die uns obliegt, voll bewußt und werden uns bemühen, diese zu lösen.

Abg. Dr. Langerhans (Hfr.) wünscht den Physikern die Privatpraxis zu belassen. Der Regierung könne der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie die Reform, die seit Jahren angeregt ist, nicht genügend gefördert hat. Den Physikern müsse ein höherer Gehalt gewährt werden, damit sie sich mit den nötigen modernen Instrumenten ausrüsten und einen Theil ihrer Privatpraxis aufgeben können.

Abg. Brandenburg (Centr.) hält bei der Reform besonderer Vorkehrungen für nötig.

Abg. Jerusalem (Centr.) vertritt die Ansicht, daß man den Physikern lediglich als Beamten betrachten solle; zu Privatgeschäften werde derselbe auch wenig Zeit behalten.

Der Medizinaletat und der Rest des Ordinariums des Culusstats werden bewilligt.

Bei der Berathung des Extraordinariums nimmt der Minister Veranlassung, sich über die Frage der Sommerferien zu äußern. Es hat eine Umfrage bei den Provinzial-Schulcollegien stattgefunden, aber die Aunachten gehen vollständig auseinander. Auch von Gastwirthen und Lehrercollegien seien Aunachten eingegangen, aber ebenfalls mit völlig verschiedenen Vorschlägen. Die Frage selbst ist von größter Wichtigkeit. Für dieses Jahr ist der Beginn der Sommerferien in den Schulen auf den 14. Juli festgesetzt. Der Minister wird sich bemühen, die Angelegenheit, deren Wichtigkeit er nicht verkennen, zu einem möglichst allseitig befriedigenden Abschluß zu bringen.

Das Extraordinarium wird hierauf bewilligt und in die Specialberatung des Stats für Handel und Gewerbe eingetreten.

Abg. Pleß (Centr.) bejworte die Gründung von Arbeiterkammern und bedauert, daß die Regierung bei dem Betriebe staatlicher Anstalten so wenig Rücksicht auf die Interessen kleiner Handwerker und des Mittelstandes nimmt. Das sei um so nötiger, als mit der zügellosen Gewerbefreiheit der Kampf aller gegen Alle eingeführt sei. Redner verlangt energische Maßnahmen zum Schutze des Handwerks und zur Herbeiführung einer Organisation derselben.

Minister v. Berlepsch: Wenn man zu einer corporativen Gestaltung des Handwerks schreitet, so wird man diese am besten nach den verschiedenen Handwerken einrichten. Ich glaube aber nicht, daß es nötig ist, diese Frage hier zu erörtern; dieselbe gehört vor den Reichstag und ist auch dort bereits eingehend erörtert worden. Was mich persönlich betrifft, so werde ich mein altes Wohlwollen dem Handwerk gegenüber stets bewahren.

Abg. Graf Strachwitz (Centr.) bittet um Erweiterung der Fachschulen.

Minister v. Berlepsch: Die Finanzlage hindert zur Zeit eine Erfüllung des aus von der Regierung gegebenen Wunsches.

Abg. Richter (Hfr.) Wenn die Handwerker besondere Kammer haben wollen, so widersehe ich mich nicht; aber man soll den Handwerkern nicht Dinge vordrängen, welche mit den Handwerkerkammern doch nicht erreicht werden können. Uebrigens haben die Fraktionsgenossen des Abgeordneten Pleß im Reichstage ausdrücklich die Befürchtung ausgedrückt, daß Handwerkerkammern die Spannungen schärflich beeinflussen würden. Uebrigens haben die Socialdemokraten Unrecht wenn die von dem Rumm des Handwerks sprechen, so schlimm steht es bei uns noch lange nicht.

Abg. v. Schenkerdorff (natl.) spricht seine Freude aus über die Mehrinstellung von 12000 Mark für Fachschulzwecke und hält eine engere Angliederung der Fachbildungsschulen an die Fachschulen für nötig.

Minister v. Berlepsch schließt sich dieser Ansicht an. Fortbildungsschulen müssen den allgemeinen Unterricht vollenden und die Schulen für alle Gewerbe die nötige Vorbildung geben, die dann durch die Fachschulen weiter entwickelt werden kann. Auch im Interesse einer sitlichen Erziehung der Schüler ist der Fortbildungsunterricht nötig. Hoffentlich können wir im nächsten Jahre eine höhere Summe für diese Zwecke einstecken.

Abg. Jürgensen (natl.) wünscht bessere Befoldung der Navigationslehrer.

Abg. Walbrecht (natl.) hält eine Vermehrung der Kunstgewerbeschulen für nötig, damit unserem Gewerbe die Möglichkeiten gegeben wird, sich auf dem Weltmarkte zu behaupten.

Abg. Graf Limburg-Sturum (conf.) bittet, doch mit den Wünschen etwas zurückhaltender zu sein, da die Finanzlage noch eine sehr zweifelhafte sei und so lange wir uns in der Deficitwirtschaft befinden, an Mehrausgaben eigentlich nicht gedacht werden sollte.

Auf einem vom Dr. von Jagzewski (Pole) geäußerten Wunsch erklärt der Minister, daß er nicht in der Lage sei, an den Fortbildungsschulen in Posen und Westpreußen die polnische Unterrichtssprache einzuführen.

Das Haus lehnt den Antrag der Polen auf Streichung der Position von 350 000 Mark für Fortbildungsschulen in den polnischen Provinzen ab.

Der Rest des Stats wird ohne wesentliche weitere Debatte genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Lotteriestat und Etat der directen Steuern. Schluß 2 Uhr 15 Min.

Literarisches.

Im Verlage von G. Stomte in Bielefeld ist erschienen: „Das Leben Jesu.“ Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeitenden Volkes von Domela Nieuwenhuis. Aus dem Holländischen ins Deutsche übersezt von G. Harbers-Bünde und Dr. Diederich-Dortmund. 84 Seiten Preis elegant broschürt 40 Pfg.

Die vorliegende Schrift **wird** als eine Ergänzung zu der zweiten Hälfte der in gleichem Verlage erschienenen Schrift „Die Bibel“, die eine schnelle und weite Verbreitung gefunden hat, betrachtet sein. Auch hier leitet Nieuwenhuis das Bestreben, das man über die Gestalt Jesu zu erzählen pflegt, auf seinen geschichtlichen Werth zu untersuchen, und die Perion, die man zu entmenslichen versucht hat und noch versucht, so vor uns sich bewegen zu lassen, daß wir sie menschlich zu begreifen im Stande sind. Jesus wird als Kämpfer und Reformator in einer vorerhebten Zeit vorgeführt. Die Zeit, die ihn erzog, wird geschildert. Das israelitische Geistesleben tritt lebendig vor unser Auge und die Kritik, die Nieuwenhuis an den über Jesus zur Verfügung stehenden Quellen übt, setzt uns in den Stand, zu erkennen, wo die Tendenz die Wahrheit der Geschichte verdrängt, fälscht und trübt. Wichtig sind die Ausführungen, in denen dargethan wird, welche Arbeit die auf Christus folgenden Jahrhunderte an den Aneben und Leistungen Jesu vornahmen. Der volkstümliche Ton, in dem das Ganze geschrieben ist, wird von jedem Leser mit Freuden begrüßt werden, denn das Lernen, welches die Schrift ermöglichen will, kann thatsächlich beim Lesen gesehen. Möge das wertvolle Buch fleißig von den Arbeitern, die sich aufzuklären, sich geschichtliche Kenntnisse anzueignen bestrebt sind, zu Hilfe genommen werden.

Vermischtes.

Das erste deutsche Mädchengymnasium, begründet vom Vereine „Frauenbildungsreform“, dessen Vorstandssitz z. Z. Weimar ist, wird in Karlsruhe eröffnet werden. Das Schulgeld beträgt jährlich 200 Mk.; Anmeldungen von Schülerinnen und alle Anfragen über die Schule nimmt der Vorstand des Vereins „Frauenbildungsreform“ in Weimar entgegen.

Die größte Bibliothek der Welt ist die „Nationalbibliothek“ in Paris, die mehr als zwei Millionen gedruckte Bücher und ungefähr 200000 Manuskripte enthält. Nach ihr folgt das „Britische Museum“ in London, das 1500000 Bände besitzt, und die „Kaiserliche Bibliothek“ von Petersburg, die kaum mehr als 1000000 Bücher ihrer eigenen nennt. Die „Königliche Bibliothek“ in München enthält 900000 Bände, jene von Berlin 800000, die von Dresden 500000, die „Bibliothek der Universität Göttingen“ ebenso viel und die Wiener Bibliothek 400000 Bände, die Breslauer Universitäts-Bibliothek 40000, die Breslauer Stadtbibliothek 300000 u. s. w.

(Zukunftsstaatliches.) Man schreibt der „Frkf. Ztg.“ aus Budapest, 15. Februar: Budapest scheint dem übrigen Europa in Bezug auf Verwendung der Electricität eine gute Strecke voraus zu sein. So haben wir jetzt hier eine Telephonzeitung, die von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr unausgesetzt in Thätigkeit ist und stets die Nachrichten der Stunde bringt. Die Sache ist ungemein einfach. In einem Redaktionsbureau sitzt ein Mann und liest, bis ihm die Stimme versagt, deutsch und ungarisch, was ihm auf einem Bogen zugeschoben wird. Das Telephon nimmt das Vorgelesene auf und trägt es in jedes Haus, welches mit der Centrale verbunden ist. In diesen Häusern sängen zwei Hörmüscheln von der Wand herab, an die man, so oft man Lust hat, herantritt und sich vorlesen läßt, was in der Welt vorgeht. Der Zeitvertreib kostet nur 1 fl. 50 fr. per Monat. Wie ich höre, hat der Unternehmer ein Herr Buskas, bereits ein Patent für Europa für seine Erfindung genommen. Bis jetzt funktioniert der Apparat ausgezeichnet und hat uns soeben mitgeteilt, daß Herr Verbi die Baronie verliehen wurde. Wie weit ist da noch bis zu dem permanenten telephonischen Hausconcert, von welchem Bellamy in seinem „Rückblick“ träumt?

(Chinesische Feinschmecker), bei denen Ratten, Mäuse- und Hundebraten, die für die Menge große Delikatessen sind, nur als bürgerliche Hausanneköst gelten, verehren als besonderes Lieblingsgericht das Milchi. Woraus es besteht? Aus nichts Geringerem, als aus eben geborenen, noch blinden Mäusen. Diese werden jedem Gaste lebendig vorgelegt. Man taucht dieselben in ein Gefäß mit Honig und schluckt dann die Thiere langsam herunter. Als vor wenigen Jahren der jetzige Kaiser seine Hochzeit feierte, hatte man zu den Fejmahlen nicht weniger als 50000 junge Mäuse gefangen.

(Die Revolution!) Den Meistern und Gehilfen des Schuhmacherhandwerks droht eine Erfindung. Droht! muß man sagen. Denn, wenn heute, in der capitalistischen Ära, auf technischem Gebiete eine Erfindung gemacht wird, so bedeutet das in der Regel für Tausende von Menschen Arbeitslosigkeit oder wenigstens Schwächung ihrer Existenz. In Birmingham soll es nun gelungen sein, Sohle und Absatz des Stiefels oder Schuhs aus einem einzigen Stück Leder herzustellen. Sohle und Absatz werden dabei gleichzeitig gefertigt, wobei das Leder, welches den Absatz bilden soll, zuvor

in eine Form niedergepreßt wird, so daß der Absatz nach außen vollständig fertig ist, wogegen der innere hohle Raum mit irgend einer Masse auszufüllen ist. Die umständliche Arbeit, Absätze durch aufeinander gelegte Felle herzustellen, ist damit beseitigt, die Ware, wenn auch nicht so dauerhaft, wie bisher, desto billiger.

(Von modernen Pelzfälschungen) erzählt das „Nigaer Tgbl.“: In den letzten 20 Jahren sind Pelz aus Fuchs, Eisbärenfell u. s. w. gegen früher fast um fünf Mal theurer geworden. Ein Pelz aus Eisbärenfell, der früher für 30-40 Rubel zu haben war, kostet jetzt 150 Rubel und mehr. Dieses erklärt sich dadurch, daß einmal die Ausrottung aller mit Pelz bekleideten Vierfüßler in den Wäldern Sibiriens sehr rasch vor sich geht, zweitens in Deutschland die Nachfrage nach russischem Pelze sehr gesteigert ist und endlich auch im Innern des Reiches der Verbrauch von Pelzen entsprechend dem Wachstum der Bevölkerung um das Zweifache zugenommen hat. In Folge aller dieser Umstände werden die theueren Pelzsorten im Handel allmählich durch die billigeren (darunter auch Hundes- und Katzenfelle) ersetzt. Die Felle von Hunden und Katzen werden jedoch selten in ihrer natürlichen Farbe zur Herstellung von Pelzen verwendet, sondern erst gefärbt. Das Färben der Pelze greift überhaupt immer mehr um sich, so daß jetzt auch schon renommierte Firmen zu dieser betrügerischen Manipulation greifen. Wie oft jetzt Katzenfell zur Herstellung von Pelzen verwendet wird, kann man aus dem enormen Theuerwerden auch dieser Felle erkennen. Der Ankauf von Katzenhäuten begann Anfangs der vierziger Jahre; damals konnte man in den inneren Gouvernements Russlands zu 2 Kop für den Balg Katzenfelle erhalten so viel man nur wollte, heute werden für den Katzenbalg schon 25 bis 30 Kop gezahlt. Besonders viele Katzenfelle liefert die Gouvernements Wensa und Simbirsk. Dies Gewerbe hat sich dort als so lohnend erwiesen, daß man vielfach schon beginnt, Katzen zu züchten, zum großen Schaden der anderen Hausthiere. Die aufgesammelten Katzenfelle werden in den größeren Städten konzentriert und verwandelt sich dort in „Fuchs“, während Hundefelle gewöhnlich in „Sunt“ umgearbeitet werden.

(Zur Förderung der Einführung) neuer Briefmarken schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Vor ungefähr einem Jahre brachten die Tageszeitungen die Nachricht, daß die deutsche Reichspost die Ausgabe neuer Briefmarken vorbereite. Die Mittheilung hat sich bis hierher nicht bewahrheitet. — Leider, wird wohl von allen Denen gesagt werden, die da wünschen, daß jeder in fremden Ländern eintreffende Brief aus Deutschland durch seine Marke Kunde gebe von einer hochentwickelten Kunst. War schon längst die Ansicht weit verbreitet, so ist sie jetzt wohl allgemein geworden durch das Erscheinen der an dieser Stelle bereits erwähnten künstlerisch-schönen Columbusmarken der Vereinigten Staaten. Wirkliche Meisterwerke sind es, die auf den amerikanischen Briefen in alle Welt wandern und dort Bewundrung ablegen von der Kunstfertigkeit ihrer Heimath. Wahrlich, es wäre wünschenswert, wenn dieser Gesichtspunkt auch bei uns etwas mehr Berücksichtigung fände, wenn auch die deutschen Postwerthe ihre einfache, ja geradezu unschöne Ausführung mit einer wenigstens etwas prächtvolleren vertauschten. Aber nicht dies allein ist es, was auf der bei uns verausgabten Marken auszugehen ist, auch der Geschäftsmann hat Wünsche, die, wenn auch schon oft laut geworden, doch noch keine Erfüllung gefunden haben. Die vorhandenen Werthe genügen dem Verkehr nicht! Wohl hunderttausend eingeschriebene Briefe gelangen täglich bei der Post zur Aufgabe, einen solchen Brief aber mit einer Marke zu frankiren, ist unmöglich, wir haben keine 30- und 40-Pfennige Marken. Welche bedeutende Erleichterung würde durch die Ausgabe dieser Werthe nicht allein den Geschäften, sondern namentlich dem geplagten Schaffensbeamteten erwachsen. Die höchstwertige, am Schalter käufliche Marke ist die zu fünfzig Pfennig, aber welches mit dem Auslande in Verbindung stehende Geschäft kommt hiernüt aus? England verausgibt Marken zu 5, 10 Sh., 1 Pfd., ja zu 5 Pfd. (10 Mark!). Amerika bis zu 5 Dollars, Rußland 7 Rubel, Spanien zehn Pesetas, Frankreich, Belgien, Italien, ja selbst das kleine Luxemburg stellen 5 Francs-Marken dem Publikum zur Verfügung; sollten wirklich diese hochwertigen Marken nur in jenen Ländern erforderlich sein, ist der deutsche Handel und Verkehr so geringfügig, daß er sich mit 50 Pfennig-Marken begnügen kann? Freilich der Postbeamte selbst hat auch einen Werth von 2 Mark zur Verfügung, aber nicht der Geschäftsmann und dieser ist gewohnt, seine Briefe durch Marken frankirt zur Post zu geben. Da müssen denn lauter kleine Marken aufgelegt werden und der Postbeamte hat dann das Vergnügen, die Marken sammlung revidiren und die dazwischen gequälte Adresse der Sendung studiren zu müssen. Alt genug sind die Wünsche der Geschäftswelt nach Marken, die dem heutigen Verkehr entsprechen, und oft genug laut geworden sind sie auch, möchte nun endlich das Erscheinen der Columbus-Marken unserer Reichspost-Verwaltung Anlaß geben, mit der Ausgabe schönerer Marken in zweckentprechenden Werthen vorzugehen!

Weiteres.

„Bier frisch von der Kuh.“ Ein amerikanischer Farmer, der einer Kuh statt des gewöhnlichen Futters, eine Zeit lang Malz und Hovien zu fressen gab sah seine Bemühungen endlich mit Erfolg belohnt, indem die Kuh Bier anstatt Malz gab. Die Entdeckungen hat unter den amerikanischen Bierbrauereien einen allgemeinen Schrecken hervorgerufen, der sich bald auch nach Europa verbreiten wird. Denn offenbar sind die Bierbrauer dieser Konkurrenz nicht gewachsen, und sobald einmal die Bierhauschreiber Bier frisch von der Kuh ankündigen, wird es mit ihnen vorbei sein. Der Wirt hat in Zukunft statt des Schankstisches mit der Pumpe nur einen sauberen Kuhstall hinter der Gassifche einzurichten.“ Die Kühe Amerikas müssen gar wunderliche Thiere sein.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 25. Februar.

Heiraths-Ankündigungen. I. Silberarbeiter Max Bruschke, biffid., Kadbergasse 8, und Emma Zeh, biffid., Seminarstraße 9. — II. Zimmermann Hugo Korgel, kath., Mauritzplatz 3, und Luise Jentsch, ev., Leisingstraße 12. —

Haushälter Carl Barisch, evg., Friedr.straße 75, und Maria Pabel, ev., Gartenstr. 6. — Kellner Traugott Neumann, ev., Luisenstr. 14, und Wwe. Natalie Müller, geb. Hauser, kath., hier. — III. Gerichts-Actuar Max Lucas, kath., Uferstr. 18, und Heowig Thiel, kath., Gellhornstraße 1. — Schriftsteller Hugo Kreichmer, ev., Neubornerstr. 44, und Marie Schumann, evg., Gneisenaustr. 10. — Schuhmacher Paul Scholz, evang., Wälbchen 22, und Maria Rager, geb. Eisberg, ev., Baiselstr. — Maurer Gustav Jächner, evg., Bincenstr. 47 und Anna Schiesinger, ev., Kockplatz 9.

Berichtigung. In den Heiraths-Ankündigungen I vom 22. Februar muß es heißen: Kaufmann Dionysius Berkig, jud., Albrechtstr. 43, und Martha Glaser, jud., Neue Antonienstr. 17.

Eheschließungen. I. Böttcher Josef Scholz, kath., mit Emma Müller, evang., hier. — Sergeant im Grenadier-Regiment Friedrich Wilhelm II. Heinrich Harzbecher, evang., mit Elise Wolff, ev., hier. — Gelehrter Bruno Scholz, ev., mit Maria Sunke, ev., hier. — Post-Schaffner Friedrich Denke, evg., mit Ja Zeschin, evg., hier. — II. Restaurateur Robert Hantsche, kath., Zostenberg, mit Anna Kubnick, kath., hier. — Rittgutsbesitzer Alfred Schür, evg., Kerischstr., mit Marie Schlied, ev., hier. — Militär-Invalide Adolf Adam, ev., mit Martha Weibermann, ev., hier. — Kaufschwaarenhändler Traugott Donai, ev-luth., mit Anna Birke, ev-luth., Potsdam. — Tischlermeister Paul Gchner, evg., mit Emilie Wabrich, ev., Kleinburg. — III. Arbeiter Wilhelm Thamm, kath., mit Clara Kellier, kath., hier. — Maurer Hermann Sattler, evg., mit Bertha Garre, kath., hier. — Handwerks-mager Fritz Maleike, kath., mit Agnes Sprötte, kath., hier. — Maurer Wilhelm Jensch, ev., mit Caroline Palaste, geb. Dreßler ev., hier.

Geburten. I. Restaurateur Carl Webner, kath., L. — Kuischer August Zante, kath., L. — Kaufmann Eppmann, Neumann, jud., L. — Kaufmann Jacob Israel, jud., L. — Arbeiter Carl Flegner, ev., L. — Schneider Ludwig Polacz, kath., S. — Arbeiter Carl Stenzel, kath., S. — Schneidermeister Albert Schlüter, kath., S. — Eisenbahn-Stationen-Assistent Richard Ziegler, ev., S. — Schneidermeister Ferdinand Wegner, jud., S. — Tischler Paul Friede, kath., L. — Eisendreher Bruno Knebel, ev., S. — Friseur Robert Schön, ev., L. — Portier Paul Meisterer, kath., S. — Balastions-Büchsenmacher Otto Koberstein, evang., L. — II. Eisendreher Julius Bergig, evg., L. — Hilfsbremser Fran, Jädel, kath., L. — Hilfsbremser Paul Awe, ev., S. — Kellner Friedrich Depold, ev., S. — Bremser Heinrich Klemm, evang., S. — Straßenbahnkutscher Gustav Nie mann, evg., S. — Rangierer Wilhelm Nawroth, ev., S. — Mühlenarbeiter Carl Dörfer, evg., L. — Examinitrer locomotivheizer Georg Sonnabend, kath., S. — Stellmacher Paul Börner, evang., S. — Bahnarbeiter Regidius Böhm, kath., L. — Buchhalter Richard Basse, kath., L. — III. Handelsmann Bruno Lehmann, kath., L. — Bäckermeister Reinhold Bachmann, ev., L. — Gym-nastiker Carl Renner, kath., S. — Arbeiter Carl Schlegler, kath., S. — Arbeiter Robert Klepe, ev., S. — Lohngärtner Gustav Nadel, ev., S. — Tischler bei Breslau. — Arbeiter Wilhelm Brey, ev., S. — Dwisig bei Breslau. — Gasanstalts-arbeiter Johann Cyrus, evg., L. — Sattler Alois Schmidt, kath., S. — Kutcher Paul Pratsch, evg., L. — Posamentiermeister Rudolf Macenauer, kath., S. — Maschinenwärter Wilhelm Biertel, evang., S. — Arbeiter Gustav Bauer, evang., S.

Todesfälle. I. Cigarrenmacherwitwe Ida Stahl, geb. Bischer, 35 J. — Ida, E. des Müllers Wilhelm Kutschke, 1 J. — Kaufmannsrau Pauline Siermer, geb. Fuchs, 46 J. — Schneidermeisterfrau Pauline Jacobowitz, geb. Schleyer, 74 J. — Herrub, L. des Oberfeuerwehrmanns Wilhelm Deutschländer, 5 J. — Clara, E. des Tischlers Josef Petrasch, 2 J. — Herrmann, S. des Bureau-Diktators Gustav Mende, 16 J. — II. Zimmerpolier-Witwe Conradike Vogl, geb. Schrader, 85 J. — Minna, E. d. Schlossers Rudolf Mülich, 6 J. — Herrmann, S. d. verst. Stellender, Carl Hoftraich, 4 J. — Rächterin Bertha Sander, 28 J. — Schuhmann August Wagner, 30 J. — III. Hospitalgenosse Josef Seifert, 78 J. — Alfred, S. des Schuhmachermeisters Hieronimus Hein, 1 J. — Hedwig, E. des Tischlers Carl Köppler, 4 J. — Geschäftsfreisenden-Frau Emilie Baug, geb. Kirich, 32 Jahr. — Klara, E. des Hilfsbremfers Paul Freitag, 6 Wochen. — Benno, S. des Kaufmanns August Bealich, 6 Mon. — Director des Botanischen Gartens, Prof. Doctor Karl Prantel, 43 J. — Arthur, S. des Köpfers Max Knorr, 5 Mon. — Käthe, E. des Kaufmanns Karl Weich, 4 Mon. — Fritz, S. des Steuer-Erhebeters Karl Klose, 6 W. — Elviede, E. des Fleischers Wilhelm Malig, 6 Mon.

Breslau, 25. Februar. Breslauer Mehlmarkt. Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 24,25 bis 24,75 M. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 21,75-22,25 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,40-8,80 M., b) ausländisches Fabrikat 8,00-8,40 M. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sac 20,00-20,50 M. — Futter-mehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9,20-9,60 M., b) ausländisches Fabrikat 8,80-9,20 M.

Breslau, 25. Februar. (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht). Roggen (p. 1000 Kgr.) per Februar 133,00 B., April-Mai 135,00 B., Mai-Juni 138,00 B., Juni-Juli 139,00 B. — Hafer (per 1000 Pfd.) per Februar 133,00 B. — Hübsel (per 100 Pfd.) —, gel. — Str., loco in Qualitäten a 5000 Kgr. — per Februar 55,00 B., April-Mai 55,50 B. — Spiritus per 100 Kgr. (a 100 Pfd.) ohne Faß: egl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gel. — Str., abgelassene Ründigungs-scheine —, per Februar 50er 51,00 B., 70er 31,50 B., April-Mai 50er —, 70er 32,70 B.

Breslauer Marktpreise vom 25. Februar per 100 Kilogr.

	hochm. mehl.	mittler.	geringe Mehl.
Weizen weißer	15,-	14,80	14,50
Weizen gelber	14,90	14,70	14,40
Roggen	13,-	12,70	12,50
Gerste	14,90	14,20	13,20
Hafer	13,50	13,40	13,-
Erbsen	13,-	15,-	14,50

Heu: 3,70-4,00 M. pro 50 Kilogramm.

Theater-Nachrichten.

Stadt-Theater.

Montag:
S. Cimath.

Die lustigen Welber von Windsor.

Lobe-Theater.

Montag:

Drittes Gastspiel Eman. Reicher.

Son. 3. Male:

Der Zauberer.

!!Achtung!!

Das beste und billigste Brot, sowie alle anderen Backwaren liefert die Bäckerei 556

Posenerstr. 11 a.

R. Kursawe

Hohtabak Seydel & Junghans

Breslau,

Carlsstraße 30 (Hirschel). 452

Der schlechten Geschäftszeit entsprechend verkauft ich 424

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

zu spottbilligen Preisen

Carl Schoiz

Nur 15, Radlergasse 15.

2400 Mark

als 1. Hypothek auf ein ländliches Grundstück im Werthe von 4800 Mk. gesucht.

Offerten unter „Geld“ in die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Stiefel

515.

und Schuhe für Herren Damen und Kinder, vorzüglich und billig, bei

M. Thomas,
31 Friedrich Wilhelmstr. 31.

Bettfedern!

Bettfedern!

Um jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten, verkaufe ich mein grosses Lager fertiger Betten zu wahren Spottpreisen; auch offerire ich mein grosses Lager Bettfedern von den geringsten bis zu den feinsten Sorten, zu noch nie dagewesenen billigen Preisen, und ist hiermit Jedem Gelegenheit geboten, spottbillig einzukaufen.

Beamte und Wiederverkäufer besondere Begünstigung.

Nur bei

Heinrich Danziger,
Neue Weltgasse 37.

Eine Welt- und Lebensanschauung für das Volk

mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen von J. G. Vogt
in 50 wöchentlichen Lieferungen zu je 10 Pf. — 6 Kr. 3. B.
Zu beziehen durch die Exped. der Volkswacht.

Gegen die Militärvorlage!

Soeben erschienen:

100,000 Soldaten mehr!

Ein Wort zur Militärvorlage von Emil Rosenow.

Preis 10 Pfennige.

Verlag von C. G. Ludwig in Chemnitz.

Diese Broschüre behandelt in eingehender Weise die Militärvorlage, sie bringt das ganze Zahlenmaterial, die Staatsschulden, die indirekten Steuern, die durch die Vorlage erzeugten Belastungen, die beabsichtigte Heeres-Organisation, eine Kritik der neuen Steuerprojekte die Stellung der bürgerlichen Parteien, die Socialdemokratie, die Forderung der Volkswehr. — Die Broschüre ist durch ihren billigen Preis und durch ihren packenden, trefflichen Inhalt ein Agitationsmittel ersten Ranges, welches überall seine Wirkung thun wird. Allen Genossen empfehlen wir dasselbe. — Für Wiederverkäufer, Colporteurs höchster Rabatt. — Einzelbestellungen ist der Betrag und das Porto beizulegen.

Zu haben in der Expedition d. Blattes.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Deutz-Strasse 2.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Berlin vom 11. bis 21. November.

ca. 20 Bogen Oktav. Elegant broschirt. Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Wissenschaftliche Abtheilung.

Edlich's Local, „Drei Tauben“, Neumarkt Nr. 8.
Montag, den 27. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, ist folgende Tagesordnung
Einleitung in die Geschichte d. Socialismus. Vortr.
Genosse Bruno Geiser.

NB. Pflicht der Mitglieder ist, recht pünktlich zu erscheinen. Genossen welche an diesem Kursum noch theilnehmen wollen, können sich melden.

Lesezimmer Nr. II.

Rücker's Local, Lehndamm 28 (Dahof).

Mittwoch, den 1. März, Abends 8 Uhr, ist folgende Tagesordnung:
1. Vorlesung. 2. Discussion. 3. Interpellation und Anträge.

Lesezimmer Nr. III.

Vorwerkstrasse Nr. 47. Gasthof „zum Raben“.
Der Discussionsabend fällt aus.

Singsabtheilung.

„Drei Tauben“, Neumarkt Nr. 8.

Mittwoch, den 1. März, Abends von 8 Uhr ab:

Übungsstunde unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten. — Aufnahme neuer Mitglieder findet am 1. April statt. — Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.

Der Vorstand.

Socialdemokratischer Arbeiter-Verein für Breslau (Land).

Dienstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Locale des Herrn Gutschmann in Pöpelwitz.

Tages-Ordnung: 1) Vortrag des Genossen Schuy. 2) Discussion. 3) Anträge und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen erucht

Der Vorstand.



Ich empfehle franco gegen Nachnahme
Filz-Hüte
mit Controlmarke
Fagon Democrat. Fagon Congreß.
in bester Qualität, feiner Ausstattung und allen gangbaren Farben (braun, schwarz, grau u. s. w.) in den neuesten Moden:
Weiche Fagons: Democrat, 10 Ctm. Rand, 5 Mk., 12 Ctm. 5,50 Mk., 15 Ctm. 6 Mk., Congreß, 4,5 Mk. Steife Fagons: Gleichheit (rund), Vorwärts (rund niedrig), International (kantig), sämmtlich 4,50 Mk., hoch in 5,50 Mk.
Es genügt die Angabe der Kopfform in Centimetern. Illustrierte Preis-Courante in Seidenhüten und sämmtlichen anderen Hutfachen stehen franco zu Diensten.

Aug. Heine. Hutfabrik Gulherstadt.

Gelesene Nummern

des „Wahren Jakob“, des „Bonillon“ zur Agitation nimmt entgegen die Exped. der „Volkswacht“.

Die Geschichte der Commune von 1871

von Tillaganay.

2. vom Verfasser durchgelesene Ausgabe. (X. Band der International. Bibliothek.)
Preis 3,00 Mk.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Soeben wurde fertig die

Einbanddecke

zur

„Neuen Welt“

Jahrgang 1892.

Geschmackvolle Ausführung in rothem Kaliko.

Mit Goldtitelpressung . . . Preis 1,— Mk.
Mit Schwarzdruck „80

Jeder Decke wird Titelblatt und Inhaltsverzeichnis gratis beigegeben.

Bestellungen sind an die Expeditionen derjenigen Arbeiterblätter, denen die „Neue Welt“ beiliegt, oder unter Beifügung des Betrages an uns direct zu richten.

Auch zu beziehen durch die Expedition d. Bl.



Etwas für Hercules!

Die Hercules noch heute admt' er seine Kraft probiren: Vielleicht würd' es ihm gelingen, Das Belangte auszuführen, Doch vielleicht auch würd' er sagen: Wildes Raubzeug jähnte ich, Ich besiegte grimme Räuber, Doch es ist zu schwer für mich, Abzureißen alle Knöpfe Von 'nem Winter-Kal'tot, der Mir von „Goldner Bier-andiebzig“ Dazu ward gegeben her!

Confirmanden-Anzüge

bis zu den hochfeinsten von 6 Mark an.

Frühjahr-Gesellen-Paletots von 10 Mk. an, in wie nach Maß gefertigt, von 18 Mark an, Schwalb's mit Vellerine, Herren-Anzüge von 10 Mk. an, feine Anzüge von 14 Mk. an, Braut-Anzüge in Tuch und Kammergarn von 25 Mk. an, sehr gute von 33 Mk. an, Herren-Jaquets von 5 Mk. an, Schlafrocke von 8 Mk. an, Herren-Burlin-Hosen von 3 Mk. an, gute Hosen von 5 Mk. an, Hosen und Westen von 6 Mk. an, modernste von 8 Mk. an, Anaben-Paletots von 3 Mk. an, Anzüge für jedes Alter von 2,50 Mk. an, Kettner-Grads und Anzüge.

Vivree-Anzüge.

Versand nur unter Nachnahme. Umtausch bereitwillig, jeder Zeit.

Fein-Beleib-Institut

Nur neue und elegante Sachen.
„Goldene 74“
I. Et. Ohlauerstr. 74, I. Et.



Feine Salzheringe

die Mandel von 0,30—1,20 Mk.
Ring 46, im Hofe.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Paradeur-Verein der Schuhmacher. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats: Versammlung in Karasch' Local, Ritterplatz 9.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider-Deutschlands. (E. H. Braunschweig). Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „zum roten Löwen“, Kupferschmiedestraße 21. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Deutscher Schneider-Verband. Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „zum roten Löwen“, Kupferschmiedestraße 21. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Gesangverein der Steinhewer. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Übungsstunde unter tüchtigem Dirigenten in Zabels Local, Kleine Grodengasse No. 15.

Socialdemokratischer Arbeiterverein Breslau-Land-Neumarkt. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Local des Herrn Gutschmann in Pöpelwitz. Alles Nähere daselbst.

Haynau.

Arbeiter-Gesangverein „Volkswacht“. — Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Übungsstunde im Gasthof „zum goldenen Löwen“. — Aufnahme neuer Mitglieder.